

Amtsblatt der Europäischen Union

C 261



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

62. Jahrgang

2. August 2019

Inhalt

II Mitteilungen

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2019/C 261/01	Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden ⁽¹⁾	1
---------------	---	---

V Bekanntmachungen

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2019/C 261/02	Staatliche Beihilfe — Litauen — Staatliche Beihilfe SA.44725 (2019/C) (ex SA.44725 2016/PN) — „Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen“ („Public service obligation“/PSO) für die Stromversorgungssicherheit: Strategische Reserve und Beschwerde über litauische PSO-Stromverpflichtungen — Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ⁽¹⁾	5
---------------	--	---

DE

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.

II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER
EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der
Europäischen Union****Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2019/C 261/01)

Datum der Annahme der Entscheidung	09.07.2019	
Nummer der Beihilfe	SA.44671 (2019/NN)	
Mitgliedstaat	Irland	
Region	—	—
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Alleged illegal state aid granted to the fossil fuel sector in the form of reduced business rates	
Rechtsgrundlage	Valuation Act 2001	
Art der Beihilfe	Ad-hoc-Beihilfe	—
Ziel	—	
Form der Beihilfe	Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung	
Haushaltsmittel	—	
Beihilfehöchstintensität	Die Maßnahme stellt keine Beihilfe dar	
Laufzeit	—	
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	—	
Sonstige Angaben	—	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm>.

Datum der Annahme der Entscheidung	29.05.2018	
Nummer der Beihilfe	SA.48804 (2017/N)	
Mitgliedstaat	Frankreich	
Region	FRANCE	—
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	PLAN D'AIDES A LA MODERNISATION ET A L'INNOVATION (PAMI)	
Rechtsgrundlage	code des transport, article R4311-1, 2° Décret n°99-1060 du 16 décembre 1999	
Art der Beihilfe	Regelung	—
Ziel	Verkehrskordinierung, Umweltschutz, Forschung, Entwicklung und Innovation	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: EUR 6.2 (in Mio.) Jährliche Mittel: EUR 1.24 (in Mio.)	
Beihilfehöchstintensität	50 %	
Laufzeit	01.01.2018 - 31.12.2022	
Wirtschaftssektoren	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Voies Navigables de France (VNF) 175 rue Ludovic Boutleux, 62400 Béthune	
Sonstige Angaben	—	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm>.

Datum der Annahme der Entscheidung	15.05.2019	
Nummer der Beihilfe	SA.52960 (2019/N)	
Mitgliedstaat	Vereinigtes Königreich	
Region	—	—
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Electricity Market Reform — Contract for Difference for Renewables — Introduction of capacity cap	

Rechtsgrundlage	Chapter 2 of Part 2 of the Energy Act 2013 includes regulation-making and other powers, and has been used to establish the legal framework that underpins the implementation and operation of the CfD regime. The detailed rules of the CfD scheme, including those which provide for the allocation/auction processes, are established in an „allocation framework“ document, as required by the scheme's secondary legislation.	
Art der Beihilfe	Regelung	—
Ziel	Umweltschutz	
Form der Beihilfe	Sonstiges — Variable premium calculated as the difference payment between an administratively prefixed price (the strike price) and a measure of the market price for electricity (the reference price).	
Haushaltsmittel	—	
Beihilfehöchstintensität	—	
Laufzeit	—	
Wirtschaftssektoren	Elektrizitätserzeugung	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Department of Business, Energy and Industrial Strategy 1 Victoria Street, London, SW1A 0ET	
Sonstige Angaben	—	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm>.

Datum der Annahme der Entscheidung	28.06.2019	
Nummer der Beihilfe	SA.53399 (2019/N)	
Mitgliedstaat	Irland	
Region	—	—
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Irish Film Tax Relief Support Scheme SA 38959.	
Rechtsgrundlage	Section 481 of the Taxes Consolidation Act 1997	
Art der Beihilfe	Regelung	—
Ziel	Kultur, Regionale Entwicklung	
Form der Beihilfe	—	
Haushaltsmittel	Jährliche Mittel: EUR 105 (in Mio.)	
Beihilfehöchstintensität	37 %	

Laufzeit	01.01.2019 - 31.12.2024
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Department of Finance. Department of Finance, Government Buildings, Upper Merrion Street, Dublin 2, Ireland
Sonstige Angaben	—

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm>.

V

(Bekanntmachungen)

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

STAATLICHE BEIHILFE — LITAUEN

Staatliche Beihilfe SA.44725 (2019/C) (ex SA.44725 2016/PN) — „Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen“ („Public service obligation“/PSO) für die Stromversorgungssicherheit: Strategische Reserve und Beschwerde über litauische PSO-Stromverpflichtungen

Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2019/C 261/02)

Mit Schreiben vom 3. Juni 2019, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Litauen von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) einzuleiten.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens zu der Maßnahme, die Gegenstand des von der Kommission eingeleiteten Verfahrens sind, Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
Fax +32 22961242
Stateaidgreffe@ec.europa.eu

Alle Stellungnahmen werden Litauen übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG DES BESCHLUSSES

Am 2. März 2016 ging bei der Kommission eine Beschwerde des litauischen Unternehmerverbands und drei seiner Mitglieder ein: AB Achema, AB ORLEN Lietuva und AB LIFOSA. In der Beschwerde wurden Bedenken in Bezug auf mutmaßliche staatliche Beihilfen geäußert, die verschiedenen Marktteilnehmern über das System „gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen“ (PSO) gewährt worden seien, das Litauen im Stromsektor durch ein Gesetz von 2012 ⁽¹⁾ vorgeschrieben hat, darunter auch die Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Versorgungssicherheit ⁽²⁾.

Litauen forderte zwei Dienstleistungen für die Versorgungssicherheit, die Gegenstand dieses Beschlusses sind:

- a) „Erzeugungsleistung“: der ausgewählte Begünstigte musste eine vorab festgelegte Quote für die Stromerzeugung erreichen und erhielt für jede Megawattstunde (MWh), die im Rahmen dieser Quote erzeugt wurde, eine Vergütung; und
- b) „Reserveleistung“: der ausgewählte Begünstigte musste über vorab festgelegte Stromerzeugungskapazitäten (in Megawatt-MW) bereitstellen und auf dem Markt anbieten, um Strom zu einem Preis zu erzeugen, der den vermeidbaren Betriebskosten der Anlage entspricht, sodass er nur dann erzeugt würde, wenn der Marktpreis seine laufenden Kosten ausgleicht. Der Begünstigte erhielt eine Ausgleichsleistung für die Bereitstellung seiner Kapazität unabhängig davon, ob er tatsächlich Strom erzeugte.

Für die Jahre 2013, 2014 und 2015 verlangte Litauen lediglich die Erbringung der Erzeugungsleistung; für die Jahre 2016, 2017 und 2018 verlangte Litauen lediglich die Erbringung der Reserveleistung.

⁽¹⁾ Entschließung der litauischen Regierung vom 18. Juli 2012 (Entschließung 916).

⁽²⁾ Am 13. Juli 2016 zog der litauische Unternehmerverband seine Beteiligung an der Beschwerde zurück. Die Unternehmen AB Achema, AB ORLEN Lietuva und AB LIFOSA hielten an ihrem Interesse an der Verfolgung der Beschwerde fest.

Von 2013 bis 2018 wurde das Litauische Kraftwerk (LPP) von der litauischen Regierung zur Erbringung der beiden Dienstleistungen ausgewählt. Das LPP ist Teil der von der litauischen Regierung kontrollierten Gruppe der etablierten Energieunternehmen. Die Muttergesellschaft der Gruppe ist AB Lietuvos Energija.

Die Kommission gelangte bei der Prüfung der Maßnahme zu dem vorläufigen Schluss, dass die Maßnahme eine staatliche Beihilfe darstellt. Die Kommission bezweifelt, dass die Beihilfe mit dem Binnenmarkt vereinbar ist. Für die Jahre 2013 und 2014 wird die Bewertung nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgenommen, da es keine spezifischen Leitlinien für die Vereinbarkeit staatlicher Beihilfemaßnahmen im Bereich der Stromversorgungssicherheit mit dem Binnenmarkt gab. Für den Zeitraum 2015-2018 wird die Bewertung auf der Grundlage der Ausführungen zur angemessenen Stromerzeugung in den Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020 vorgenommen.

In Bezug auf die Erforderlichkeit hat die Kommission Zweifel daran, ob die Maßnahme für den Zeitraum 2015-2018 notwendig war, da keine Analyse vorliegt, die die Erforderlichkeit sehr strenger Zuverlässigkeitsstandards von Null-Stunden-Verlust der Lastungserwartung⁽³⁾ begründet, und da keine detaillierte Angemessenheitsabschätzung vorgelegt wurde, mit der der Umfang des Problems ermittelt wird.

Im Hinblick auf die Angemessenheit hat die Kommission Zweifel daran, ob die Maßnahme im Hinblick auf ihre restriktiven Voraussetzungen für die Förderfähigkeit für den Zeitraum 2013-2018 geeignet war. Auch scheint das Konzept die Marktpreisbildung verzerrt und potenzielle Marktinvestitionen, die möglicherweise zur Versorgungssicherheit beigetragen hätten, untergraben zu haben.

Im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit bezweifelt die Kommission, dass die Maßnahme für den Zeitraum 2013-2018 angesichts ihrer restriktiven Voraussetzungen für die Förderfähigkeit, des Fehlens eines wettbewerblichen Verfahrens zur Ermittlung der Beihilfeshöhe und des Fehlens von Berechnungen, die die Verhältnismäßigkeit der Beihilfeshöhe rechtfertigen, verhältnismäßig war.

Im Hinblick auf Wettbewerb und Handel hat die Kommission Zweifel daran, ob die Maßnahme negative Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel im Zeitraum 2013-2018 in ausreichendem Maße vermeidet hat, da sie wegen ihrer restriktiven Voraussetzungen für die Förderfähigkeit nur eine einzige Anlage des etablierten Stromerzeugungsunternehmens begünstigt und weil das Konzept möglicherweise die Marktpreisbildung verzerrt und Marktinvestitionen beeinträchtigt haben könnte.

Die Kommission fordert die Beteiligten auf, zu diesen Aspekten Stellung zu nehmen.

Nach Artikel 16 der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates⁽⁴⁾ können alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden.

⁽³⁾ Ein Zuverlässigkeitsstandard ist eine Zielvorgabe der Versorgungssicherheit. Der hier angesprochene Null-Stunden-Standard bedeutet, dass Verbraucher in Litauen zu keinem Zeitpunkt mit unerwünschten Abschaltungen aufgrund fehlender Stromerzeugungskapazitäten oder mangelnder Wartung einheimischer Kraftwerke zu rechnen haben sollten.

⁽⁴⁾ Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 9).

TEXT OF LETTER

Komisija praneša Lietuvai, kad, išnagrinėjusi jos valdžios institucijų pateiktą informaciją apie pirmiau nurodytą pagalbą (priemonę), nusprendė pradėti Sutarties dėl Europos Sąjungos veikimo 108 straipsnio 2 dalyje nustatytą procedūrą.

1. PROCEDŪRA

1. 2016 m. kovo 2 d. Komisija gavo skundą, kurį elektroninėmis priemonėmis pateikė Lietuvos pramonininkų konfederacija ir trys jos narės: AB „Achema“, AB „ORLEN Lietuva“ ir AB „Lifosa“. Skunde reiškiamas susirūpinimas dėl įtariamos valstybės pagalbos, suteiktos įvairiems rinkos dalyviams taikant Lietuvos elektros energetikos sektoriuje nustatytų įpareigojimų teikti viešuosius interesus atitinkančias paslaugas (VIAP) sistemą, įskaitant su energijos tiekimo saugumu susijusius įpareigojimus, nagrinėjamus šiame sprendime, ir su iš atsinaujinančiųjų išteklių pagaminta elektros energija susijusius įpareigojimus, nagrinėjamus atskirai byloje SA.45765. Šis skundas buvo užregistruotas numeriu SA.45193. Tą pačią dieną, t. y. 2016 m. kovo 2 d., Lietuva elektroninėmis priemonėmis iš anksto pranešė Komisijai apie priemonę, susijusią su elektros energijos tiekimo saugumu. Šis išankstinis pranešimas užregistruotas numeriu SA.44725. Kadangi priemonė jau buvo įgyvendinta, Komisija bylą priskyrė prie pagalbos, apie kurią nebuvo pranešta.
2. 2016 m. birželio 20 d. Lietuvai nusiųsta nekonfidenciali skundo versija. Lietuva savo pastabas pateikė 2016 m. liepos 22 d.
3. 2016 m. liepos 13 d. Lietuvos pramonininkų konfederacija savo skundą atsiėmė. AB „Achema“, AB „ORLEN Lietuva“ ir AB „Lifosa“ ir toliau buvo suinteresuotos, kad skundas būtų nagrinėjamas.
4. 2017 m. kovo 3 d. AB „Achema“, AB „ORLEN Lietuva“ ir AB „Lifosa“ (skundo pateikėjos) pateikė papildomos informacijos, grindžiamos šiuo skundu. 2017 m. kovo 22 d. Lietuvai buvo nusiųsta nekonfidenciali šios papildomos informacijos versija, o 2017 m. balandžio 27 d. Lietuva pateikė savo pastabas.
5. 2017 m. gegužės 30 d. ir 2018 m. sausio 15 d. skundo pateikėjos pateikė daugiau informacijos apie priemonę, dėl kurios pateiktas skundas. 2018 m. kovo 9 d. skundo pateikėjos paprašė leisti susipažinti su Lietuvos pastabomis dėl skundo pateikėjų pateiktos medžiagos. 2018 m. rugsėjo 19 d. skundo pateikėjoms buvo nusiųsta nekonfidenciali Lietuvos pastabų versija.
6. 2017 m. gruodžio 18 d. Lietuvos vyriausiasis administracinis teismas Europos Sąjungos Teisingumo Teismui pateikė prašymą priimti prejudicinį sprendimą, susijusį su nacionaliniame teisme skundo pateikėjų AB „Achema“, AB „ORLEN Lietuva“ ir AB „Lifosa“ iškeltomis bylomis. Byla užregistruota numeriu C-706/17. Europos Sąjungos Teisingumo Teismas sprendimą paskelbė 2019 m. gegužės 15 d.
7. 2016, 2017 ir 2018 m. Komisija ir Lietuva kelis kartus apsikeitė nuomonėmis dėl skundo aspektų, susijusių su elektros energijos tiekimo saugumu. 2018 m. liepos 13 d. Komisija išsiuntė preliminarų vertinimą, kuriame informavo Lietuvą, kad tolesnis energijos tiekimo saugumo užtikrinimo priemonės taikymas gali būti nesuderinamas su 2014–2020 m. Valstybės pagalbos aplinkos apsaugai ir energetikai gairėmis ⁽¹⁾ (toliau – AEPG).

2. IŠSAMUS PAGALBOS APRAŠYMAS**2.1. Įvadas****2.1.1. Teisinis šio sprendimo pagrindas ir taikymo sritis**

8. 2000 m. liepos 20 d. Lietuvos Respublikos elektros energetikos įstatymo Nr. VIII-1881 (toliau – Elektros energetikos įstatymas) ir jo pakeitimo įstatymo Nr. XI-1919, įsigaliojusio 2012 m. vasario 7 d., 74 straipsnis yra Lietuvos Respublikos Vyriausybės teisinis pagrindas nustatyti įpareigojimus teikti viešuosius interesus atitinkančias paslaugas elektros energetikos sektoriuje ⁽²⁾.
9. Lietuvos elektros energijos rinkoje teikiamų įvairių paslaugų rėmimas detalčiau nustatytas 2012 m. liepos 18 d. Lietuvos Respublikos Vyriausybės nutarime Nr. 916.
10. Nutarimo Nr. 916 7.3 ir 7.4 punktuose apibrėžtos dvi su elektros energijos tiekimo saugumu susijusios VIAP, nagrinėjamos šiame sprendime:
 - a. 7.3 punktas: „elektros energijos gamyb[a] nustatytoje elektrinėse, kuriose elektros energiją gaminti būtina elektros energijos tiekimo saugumui užtikrinti“ (toliau – 7.3 punkto paslauga);
 - b. 7.4 punktas: „elektros energetikos sistemos rezervų užtikrinim[as] nustatytoje elektrinėse, kurių veikla būtina valstybės energetiniam saugumui užtikrinti“ (toliau – 7.4 punkto paslauga).

⁽¹⁾ OL C 200, 2014 6 28, p. 1–55.

⁽²⁾ 2012 m. vasario 7 d. Lietuvos Respublikos elektros energijos įstatymo pakeitimo įstatymas Nr. XI-1919, <https://e-seimas.lrs.lt/portal/legislAct/lt/TAD/TAIS.417491>.

11. Lietuvos perdavimo sistemos operatorius AB „Litgrid“ (toliau – PSO) kasmet nustatydavo paslaugų teikimo apimtį, kad būtų pasiektas nuliui valandų prarastos apkrovos lygus patikimumo standartas (t. y. Lietuva siekė nupirkti pakankamai paslaugų energijos tiekimo saugumui užtikrinti, kad kiekvienas vartotojas galėtų tikėtis nebūsimas atjungtas dėl gamybos pajėgumų stygiaus). Remdamasi PSO rekomendacijomis, Lietuvos Respublikos Vyriausybė priimdavo nutarimą, kuriuo patvirtindavo reikiamą šių paslaugų apimtį.
12. Pagal Lietuvos Respublikos Vyriausybės nutarimus 7.4 punkto paslauga buvo teikiama 2013–2018 m., o 7.3 punkto paslauga – tik 2013 ir 2014 m. Toliau pateikiamas Vyriausybės nutarimų, kuriuose nustatyta paslaugų teikimo apimtis 2013–2018 m., sąrašas:
- 2012 m. rugpjūčio 29 d. Lietuvos Respublikos Vyriausybės nutarimas Nr. 1035 (ir 2012 m. gruodžio 19 d. jo klaidų ištaisymas Nr. 1538) „Dėl viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikėjų ir viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikimo apimties 2013 metams nustatymo“;
 - 2013 m. lapkričio 20 d. Lietuvos Respublikos Vyriausybės nutarimas Nr. 1051 „Dėl viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikėjų ir viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikimo apimties 2014 metams nustatymo“;
 - 2014 m. spalio 15 d. Lietuvos Respublikos Vyriausybės nutarimas Nr. 1091 „Dėl viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikėjų ir viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikimo apimties 2015 metams nustatymo“;
 - 2015 m. spalio 7 d. Lietuvos Respublikos Vyriausybės nutarimas Nr. 1083 „Dėl viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikėjų ir viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikimo apimties 2016 metams nustatymo“;
 - 2016 m. lapkričio 23 d. Lietuvos Respublikos Vyriausybės nutarimas Nr. 1178 „Dėl viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikėjų ir viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikimo apimties 2017 metams nustatymo“;
 - 2017 m. lapkričio 29 d. Lietuvos Respublikos Vyriausybės nutarimas Nr. 966 „Dėl viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikėjų ir viešuosius interesus atitinkančių paslaugų teikimo apimties 2018 metams nustatymo“.
13. Lietuva nustojo taikyti šią priemonę 2018 m. pabaigoje. Kompensacija už šių paslaugų teikimą nuo 2013 iki 2018 m. (įmtinai) yra priemonė, nagrinėjama šiame sprendime.
- 2.1.2. *Priemonės ir pagalbos gavėjo apibūdinimas*
14. Faktiškai buvo teikiamos dviejų rūšių paslaugos:
- gamybos paslauga: atrinktas pagalbos gavėjas turėjo pagaminti tam tikrą iš anksto nustatytą kvotinį kiekį elektros energijos ir už kiekvieną pagal šią kvotą pagamintą megavatvalandę (MWh) gavo kompensaciją;
 - rezervų paslauga: atrinktas pagalbos gavėjas turėjo užtikrinti tam tikrą iš anksto nustatytą elektros energijos gamybos pajėgumą (megavatais) ir rinkoje siūlyti gaminti elektros energiją tokia kaina, kuri atitinka išvengiamas elektrinės einamąsias sąnaudas, kad energiją gamintų tik tuo atveju, jei rinkos kaina atitinka jos einamąsias sąnaudas. Pagalbos gavėjas gavo kompensaciją už turimus pajėgumus nepriklausomai nuo, ar faktiškai gamino elektros energiją.
15. Kaip paaiškinta 12 konstatuojamojoje dalyje, Lietuvos Respublikos Vyriausybės nutarimais nustatyta 7.3 punkto paslaugą teikti 2013 ir 2014 m., o 7.4 punkto paslaugą – kiekvienais 2013–2018 m. laikotarpio metais. Tačiau, remiantis Lietuvos paaiškinimais, atrodo, kad iš tikrųjų Lietuva reikalavo, kad minėta gamybos paslauga būtų teikiama 2013, 2014 ir 2015 m. ⁽³⁾, o 2016, 2017 ir 2018 m. reikalauta teikti tik rezervų paslaugą.

1 pav. 2013–2018 m. teiktos paslaugos

		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gamybos paslauga	GWh	900	900	1 100	0	0	0
Kompensacija už gamybos paslaugą	mln. EUR	136,5	77,6	50,6	0	0	0
	EUR/MWh	151,67	86,22	46	netaik.	netaik.	netaik.

⁽³⁾ Tačiau Lietuvos valdžios institucijos paaiškino, kad 2013 m. 188 700 EUR buvo išleista seniems Lietuvos elektrinės blokams ir kad ši suma buvo skirta rezervų paslaugai.

		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Rezervų paslauga	MW	0	0	0	550	455	212
Kompensacija už rezervų paslaugą	mln. EUR	0,2	0	0	25,2	34,3	27
	EUR/MW per metus	netaik.	netaik.	netaik.	45 818	75 385	127 358

Šaltinis: Lietuva ir Europos Komisija

16. 2013–2018 m. vienintelė paslaugų teikėja, nurodyta Vyriausybės nutarimuose, buvo Lietuvos elektrinė. Nutarimuose nenurodomos jokios kitos įmonės, kurioms Lietuvoje būtų patikėta teikti paslaugas tiekimo saugumui užtikrinti. Lietuvos elektrinė yra Lietuvos Vyriausybės kontroliuojamos rinkoje seniai veikiančios energetikos įmonių grupės dalis. Patronuojančioji grupės bendrovė yra AB „Lietuvos energija“ (toliau – „Lietuvos energija“).
17. „Lietuvos energija“ kontroliuoja didžiąją dalį elektros energijos gamybos pajėgumų (elektrines, kurių įrengtoji galia viršija 50 MW) Lietuvoje (2 055 MW iš 2 820 MW). Lietuvos elektrinė yra 1 055 MW galios elektrinė, turinti 600 MW (2 blokai po 300 MW) senų (anksčiau nei 1972 m. įrengtų) bendros šilumos ir elektros energijos gamybos naudojant gamtines dujas ir (arba) mazutą pajėgumų ir 455 MW palyginti naujų (2012 m.) elektros energijos gamybos naudojant kombinuotojo ciklo dujų turbiną pajėgumų.
18. 2013–2015 m. gamybos paslaugą teikė elektrinė, kuri faktiškai pagamino nustatytą kvotinį elektros energijos kiekį. Už šią energiją buvo mokama kaina už MWh, kurią nustatė nacionalinė reguliavimo institucija (toliau – NRI) – Valstybinė kainų ir energetikos kontrolės komisija. Kainos labai skyrėsi, kaip matyti lentelėje: 2013 m. – 151,67 EUR/MWh, o 2015 m. – 46 EUR/MWh (*). Kvotos perviršį elektrinė galėjo parduoti rinkoje (rinkos kaina).
19. 2016–2018 m. rezervų paslaugą teikė elektrinė, dalį kurios pajėgumų buvo galima naudoti prireikus (t. y. perdavimo sistemos operatoriaus nurodymu) ir kuri šiuos pajėgumus rinkoje siūlė kaina, atitinkanti jos ribines gamybos sąnaudas – 60–80 EUR/MWh. Elektrinei buvo mokama už šių pajėgumų užtikrinimą, bet nemokėta už pagamintą elektros energiją. Kaip ir kompensacija už gamybos paslaugą, kompensacija už rezervų paslaugą labai skyrėsi: 2016 m. ji siekė 45 818 EUR/MW per metus, o 2018 m. – 127 358 EUR/MW per metus. Elektrinė, be kompensacijos už teikiamą rezervų paslaugą, gavo pajamų rinkoje pardavusi savo produkciją.
20. Lietuva paaiškino, kad elektros energija, pagaminta naudojant rezervų paslaugai teikti skirtus pajėgumus, 2016 m. buvo parduodama 100 dienų, iš viso 1 700 valandas. Lietuva paaiškino, kad taip atsitiko dėl kartotinių Švedijos ir Lietuvos jungiamosios linijos gedimų. Įvykdavus gedimui 2 paras nebūdavę įmanoma importuoti pakaitinės energijos iš Rusijos dėl ilgai trunkančio srautų tarp Rusijos ir Lietuvos persikirstymo proceso. Lietuva paaiškino, kad vėliau šis ilgas procesas buvo sutrumpintas, todėl 2017 m. ir 2018 m. rezervas nebuvo naudojamas.

2.1.3. Finansavimo mechanizmas

21. Nutarime Nr. 916 nustatyta, kad paslaugos kompensuojamos iš VIAP lėšų, skirtų įvairioms energetikos politikos sritims finansuoti. Remiantis Nutarimo Nr. 916 19 punktu, VIAP lėšos surenkamos iš visų Lietuvos elektros energijos vartotojų pagal jų suvartotą elektros energijos kiekį.
22. Lietuvos Respublikos Vyriausybės 2012 m. lapkričio 7 d. nutarimu Nr. 1338 nuo 2013 m. sausio 1 d. lėšų administratore paskirta UAB „Baltpool“ (toliau – „Baltpool“). „BaltPool“ lėšas administruavo 2013–2018 m. „BaltPool“ – valstybės kontroliuojama įmonė. Jos akcininkės yra UAB EPSO-G (67 %) ir AB „Klaipėdos nafta“ (33 %). Visos EPSO-G akcijos priklauso Lietuvos valstybei, AB „Klaipėdos nafta“ kontroliuojančioji akcininkė yra Lietuvos valstybė.
23. Administruodama VIAP lėšas, „Baltpool“ vadovaujasi 2012 m. rugsėjo 19 d. nutarimu Nr. 1157 (toliau – Nutarimas Nr. 1157) patvirtintu Viešuosius interesus atitinkančių paslaugų elektros energetikos sektoriuje lėšų administravimo tvarkos aprašu.

(*) Eurostato duomenimis, elektros energijos kaina buitiniams vartotojams Lietuvoje 2013–2015 m. nekito ir siekė apie 80 EUR/MWh.

24. Prie perdavimo tinklo prijungti vartotojai pagal įstatymą turėjo mokėti lėšas tiesiogiai į „Baltpool“ administruojamą fondą. Prie skirstomojo tinklo prijungti vartotojai pagal įstatymą privalėjo mokėti lėšas skirstomųjų tinklų operatoriui, kuris savo ruožtu pagal įstatymą turėjo jas pervedėti „Baltpool“. VIAP lėšų rinkimas pavaizduotas tolesniame paveiksle.

PSO funds collection and distribution



Šaltinis: „Baltpool“ (<https://www.baltpool.eu/lt/viap-administravimas/>)

25. Galutinę kompensacijos sumą nustatydavo NRI. Šią sumą „Baltpool“ sumokėdavo paramos gavėjai – „Lietuvos energijai“.

2.2. Skundas

26. 2016 m. kovo 2 d. ir 2017 m. kovo 3 d. pateiktose pastabose skundo pateikėjos pateikė toliau nurodytus teiginius, susijusius su paslaugomis energijos tiekimo saugumui užtikrinti.
- 2013–2018 m. laikotarpiu Lietuvos elektrinė iš Lietuvos Vyriausybės gavo valstybės pagalbą už Nutarimo Nr. 916 7.3 ir 7.4 punktuose nustatytų paslaugų energijos saugumui užtikrinti teikimą.
 - Priemonė buvo valstybės pagalba, apie kurią niekada nebuvo pranešta Europos Komisijai.
 - Priemonė negali būti laikoma suderinama su vidaus rinka remiantis Komisijos sprendimu dėl SESV 106 straipsnio 2 dalies taikymo (VESP sprendimu) ⁽⁵⁾. Priešingai, nei reikalaujama Sprendime, nebuvo pavidimo, kuriame būtų daroma nuoroda į Sprendimą, o Lietuvos teisės aktuose nebuvo nurodyta įpareigojimo teikti VIAP trukmė. Lietuvos pateiktoje VESP sprendimo taikymo ataskaitoje ⁽⁶⁾ nėra nurodyta įpareigojimų teikti VIAP Lietuvos elektros energijos rinkoje.
 - Priemonė negalėtų būti pateisinama, remiantis Europos Sąjungos bendrosiomis nuostatomis dėl valstybės pagalbos kompensacijos už viešąją paslaugą forma (VESP bendrosiomis nuostatomis), nes ji neatitiko bendrųjų VESP sąlygų ⁽⁷⁾. Kompensacija už VIAP kasmet buvo teikiama selektyviai aiškiai nenustatant, su kokiomis paslaugomis ji susijusi, o Lietuvos valdžios institucijos niekada nepaaiškino, kodėl VIAP yra būtinos ir kodėl įmonės negalėtų tinkamai teikti šių paslaugų įprastomis rinkos sąlygomis. Galiausiai Lietuva pavedė teikti VIAP, pažeisdama Viešųjų pirkimų direktyvą, nes nebuvo organizuojama konkursų ir paslaugos teikti pavestos savo nuožiūra, nesilaikant skaidrumo reikalavimų.
 - Įpareigojimai teikti VIAP neatitinka Elektros energijos direktyvoje ⁽⁸⁾ nustatytų reikalavimų dėl elektros energetikos sektoriaus VIAP (įpareigojimai teikti VIAP turėjo būti aiškiai apibrėžti, skaidrūs ir nediskriminaciniai, taip pat Bendrijos elektros energijos įmonėms užtikrinti vienodas galimybes teikti paslaugas nacionaliniams vartotojams).
 - Priemonė negalėtų būti pateisinama remiantis AEPG. Pagalba neatitiktų AEPG suderinamumo kriterijų. Lietuvos valdžios institucijos pagalbą skyrė be konkurso, todėl neužtikrino proporcingumo kriterijų laikymosi. Atrodo, kad Lietuvos valdžios institucijos neatsižvelgė į reikalavimą palaipsniui atsisakyti aplinkai kenksmingų subsidijų. Be to, Lietuva neįrodė, kad valstybės intervencijos būtinybė kyla dėl rinkos nepakankamumo. Galiausiai parama Lietuvos elektrinei neatitiko skaidrumo reikalavimų.
27. Skundas apima laikotarpį nuo 2012 m. vasario 7 d., kai Lietuvos Respublikos Vyriausybė iš dalies pakeitė 2000 m. liepos 20 d. Lietuvos Respublikos elektros energetikos įstatymą Nr. VIII-1881.

⁽⁵⁾ O L L 7, 2012 1 11, p. 3–10.

⁽⁶⁾ Valstybių narių ataskaitas galima rasti adresu http://ec.europa.eu/competition/state_aid/overview/public_services_en.html#reports.

⁽⁷⁾ VESP bendrąsias nuostatas galima rasti adresu [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/LT/ALL/?uri=CELEX:52012XC0111\(03\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/LT/ALL/?uri=CELEX:52012XC0111(03)).

⁽⁸⁾ Direktyva 2009/72/EB, O L L 211, 2009 8 14, p. 55–93.

2.3. Lietuvos pastabos

28. 2016 m. kovo 2 d., 2016 m. liepos 22 d. ir 2017 m. balandžio 27 d. pateiktuose dokumentuose Lietuvos valdžios institucijos tvirtino, kad:
- priemonė turėtų būti vertinama remiantis ne VESP sprendimu, o VESP bendrosiomis nuostatomis. VIAP buvo nustatytos Nutarime Nr. 916 ir Lietuvos Respublikos Vyriausybės jas skirstė kasmet, todėl įpareigojimų teikti VIAP trukmė buvo aiškiai nustatyta. Viešųjų pirkimų direktyva netaikoma specialioms elektros energijos gamybos ir rezervų paslaugoms;
 - VIAP finansavimas atitiko Elektros energijos direktyvos reikalavimus. Jis aiškiai nustatytas teisės aktuose, yra skaidrus ir nediskriminacinis. VIAP sąrašas buvo patvirtintas įstatymu ir įgyvendintas atlikus sudėtingas procedūras, vertinimus ir patvirtinimus dalyvaujant įvairioms institucijoms;
 - priemonė atitiko AEPG. Ji turi aiškų bendros svarbos tikslą – užtikrinti energijos tiekimo saugumą; be to, kompensacija nebuvo per didelė, nes nacionalinė reguliavimo institucija užtikrino, kad jos suma būtų proporcinga.
29. 2016 m. kovo 2 d. pateiktuose dokumentuose Lietuva paaiškino, kad priemonė buvo būtina ir pateisinama pagal Lietuvos Respublikos stojimo sutarties protokolą Nr. 4 ⁽⁹⁾.
30. Ignalinos atominė elektrinė (IAE) buvo Lietuvos pagrindinė elektros energijos gamintoja. Dėl to, kad ši elektrinė yra avariją patyrusios Černobylio branduolinės elektrinės tipo, Lietuva sutiko ją uždaryti pagal Stojimo į Europos Sąjungą sutartį (1 blokas uždarytas 2004 m. gruodžio mėn., o 2 blokas – 2009 m. gruodžio mėn.). Apskritai Europos elektros energijos rinkos buvo liberalizuojamos turint pajėgumų perteklių, o Baltijos valstybės rinką liberalizuoti pradėjo trūkstant pajėgumų dėl IAE uždarymo. Nuo 2010 m. Lietuva yra priklausoma nuo importo ⁽¹⁰⁾.
31. Pripažįstant ypatingą padėtį, Lietuvos stojimo į ES sutarties protokole Nr. 4 konkrečiai aptartas IAE uždarymas ir įtrauktos nuostatos dėl energijos tiekimo saugumo užtikrinimo (su ES parama modernizuoti pajėgumus ir įrengti naujų, kurie pakeistų IAE). Sąlygos išsamiai išdėstytos Protokolo 2 straipsnyje:

2 straipsnis ⁽¹¹⁾

8. Valstybės pagalba iš nacionalinių, Bendrijos ir tarptautinių lėšų, skiriama:

— Lietuvos šiluminės elektrinės Elektrėnuose [Lietuvos elektrinės], kaip pagrindinio elektros energijos gamintojo, kuris pakeis Ignalinos atominės elektrinės dviejų reaktorių gamybos pajėgumus, modernizavimui ir jos saugos normų aplinkos atžvilgiu gerinimui laikantis *acquis*; ir

— Ignalinos atominės elektrinės eksploatavimo nutraukimui,

yra suderinama su vidaus rinka, kaip apibrėžta EB sutartyje.

9. Valstybės pagalba iš nacionalinių, Bendrijos ir tarptautinių lėšų, skiriama Lietuvos pastangoms spręsti problemas, susijusias su Ignalinos atominės elektrinės galutinio sustabdymo ir eksploatavimo nutraukimo padariniais, atskirais atvejais gali būti laikoma suderinama – pagal EB sutartį – su vidaus rinka, ypač valstybės pagalba, skirta energijos tiekimo saugumui didinti.

32. Lietuva paaiškino, kad uždarius Ignalinos atominę elektrinę buvo labai svarbu užtikrinti nenutrūkstamą Lietuvos elektrinės veikimą ir kad jokia kita elektrinė nebūtų galėjusi teikti šios paslaugos ir užtikrinti saugaus elektros energijos tiekimo Lietuvoje. Lietuva taip pat paaiškino, kad, jos nuomone, Protokolo 2 straipsnio 9 dalis yra papildomas pagrindas tokią pagalbą laikyti suderinama su vidaus rinka.

3. PAGALBOS VERTINIMAS

3.1. Pagalbos buvimas

33. SESV 107 straipsnio 1 dalyje nustatyta, kad „valstybės narės arba iš jos valstybinių išteklių bet kokia forma suteikta pagalba, kuri, palaikydama tam tikras įmones arba tam tikrų prekių gamybą, iškraipo konkurenciją arba gali ją iškraipyti, yra nesuderinama su vidaus rinka, kai ji daro įtaką valstybių narių tarpusavio prekybai“.

⁽⁹⁾ OL L 236, 2003 9 23.

⁽¹⁰⁾ 2009 m. Lietuva eksportavo 30 proc. pasigamintos elektros energijos, o, uždariusi IAE 2 bloką, 2010 m. 60 proc. savo elektros energijos poreikio turėjo patenkinti ją importuodama.

⁽¹¹⁾ OL L 236, 2003 9 23, p. 944–945. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/LT/TXT/HTML/?uri=CELEX:12003T/PRO/04&from=LT>
Pastaba. 2 straipsnio 8 dalyje nurodyta Lietuvos elektrinė gavo tiesioginę paramą naujam 455 MW galios dujų turbinų blokui statyti. Iki šiol pagal 2 straipsnio 9 dalį suderinamos pagalbos nenustatyta.

3.1.1. Valstybinių išteklių naudojimas

34. Remiantis nusistovėjusia teismų praktika, tik tiesiogiai arba netiesiogiai naudojant valstybės išteklius suteiktas pranašumas laikytinas pagalba pagal SESV 107 straipsnio 1 dalį. Daromas skirtumas tarp valstybės pagalbos ir iš valstybinių išteklių teikiamos pagalbos, kad pagalbos apibrėžtis apimtų ne tik valstybės tiesiogiai teikiamą pagalbą, bet ir per valstybės paskirtas arba įsteigtas viešąsias ar privačias įstaigas teikiamą pagalbą ⁽¹²⁾. Taigi išteklių neturi būti iš valstybės biudžeto, kad juos būtų galima laikyti valstybės ištekliais. Pakanka to, kad jie yra kontroliuojami valstybės ⁽¹³⁾.
35. Remiantis nusistovėjusia teismų praktika, iš mokesčių, kuriuos valstybė nustato teisės aktais, gaunamos pajamos, administruojamos ir paskirstomos pagal teisės aktų nuostatas, yra valstybės ištekliai pagal SESV 107 straipsnio 1 dalį, net jei jas administruoja ne valdžios institucijos, bet atskiri viešieji arba privatieji subjektai ⁽¹⁴⁾.
36. Kaip paaiškinta 2.1.3 skirsnyje, Lietuvos valstybė priėmė Nutarimą Nr. 916, kuriuo visi elektros energijos vartotojai įpareigoti mokėti už VIAP į tam tikrą lėšų fondą. Nutarimu Nr. 1338 Lietuvos valstybė lėšų fondo administratore paskyrė „Baltpool“. „BaltPool“ visiškai kontroliavo Lietuvos valstybė. Lietuvos valstybė Nutarime Nr. 1157 taip pat nustatė aiškius nurodymus „Baltpool“, kaip turi būti administruojamos lėšos, o tai reiškia, kad lėšų fondą sudarė ir toliau kontroliavo valstybė.
37. 2019 m. gegužės 15 d. sprendime Europos Sąjungos Teisingumo Teismas padarė išvadą, kad „lėšos, skirtos viešuosius interesus atitinkančių paslaugų, kaip antai VIAP, schemai finansuoti, yra valstybės ištekliai“ ⁽¹⁵⁾. Tame sprendime aptartos lėšos yra panašios į tas lėšas, kuriomis finansuojamos nagrinėjamos gamybos ir rezervų paslaugos.
38. Tuo remdamasi Komisija daro išvadą, kad kompensacija už gamybos ir rezervų paslaugas finansuojama iš valstybės išteklių.

3.1.2. Priemonės priskirtinumas valstybei

39. Gamybos ir rezervų paslaugų ir už jas mokėtinos kompensacijos nustatymas priskirtinas Lietuvos valstybei. Tos paslaugos buvo nustatytos Elektros energetikos įstatyme bei Nutarime Nr. 916 ir kasmet pavedamos teikti pagalbos gavėjai atskirais Vyriausybės nutarimais (žr. 2.1.1 skirsnį) ⁽¹⁶⁾.

3.1.3. Atrankinis pranašumas

40. Lietuvos Respublikos Vyriausybė kasmet priimdavo nutarimą, kuriuo kompensacija buvo skiriama vienai konkrečiai bendrovei – „Lietuvos energijai“ – už konkrečią elektrinę (Lietuvos elektrinę). Kitos bendrovės tos kompensacijos gauti negalėjo. Elektros energijos rinkoje „Lietuvos energija“ panašios kompensacijos gauti negalėjo. Todėl Komisija mano, kad priemone „Lietuvos energijai“ suteiktas atrankinis pranašumas.
41. Dėl 2013–2015 m. laikotarpio, kai taikant priemonę mokėta kompensacija už MWh pagal kvotą pagamintos elektros energijos, Komisija pranašumu laiko vidutinės didmeninės rinkos kainos kiekvienais metais ir kompensacijos už MWh pagal gamybos kvotą pagamintos elektros energijos skirtumą, padaugintą iš pagal kvotą reikalaujamo pagaminti kiekio. Dėl 2016–2018 m. laikotarpio Komisija pranašumu laiko visą kompensaciją, nes joks kitas konkurentas negalėjo gauti išmokų už naudoti parengtų pajėgumų MW.

3.1.4. Konkurencijos iškraipymas ir poveikis prekybai

42. Iki 2013 m., t. y. priemonės įgyvendinimo metų, Lietuvos elektros energijos rinka buvo atvira konkurencijai ir elektros energijos gamintojai konkuravo, kad galėtų parduoti savo elektros energiją tiekėjams rinkoje ⁽¹⁷⁾. Be to, 2013 m. Lietuvos elektros energetikos sistema jau buvo sujungta su kitų valstybių narių, pvz., Latvijos, sistemomis, o nuo 2015 m. gruodžio mėn. – dar ir Švedijos ir Lenkijos sistemomis.
43. 2019 m. gegužės 15 d. sprendime Europos Sąjungos Teisingumo Teismas konstatavo, kad kai valstybės narės suteikta pagalba sustiprino vienos įmonės („Lietuvos energijos“) padėtį, palyginti su kitomis Bendrijos vidaus prekyboje konkuruojančiomis įmonėmis, reikia pripažinti, kad ši pagalba turėjo įtakos prekybai. Nebūtina, kad pagalbos gavėja pati dalyvautų Bendrijos vidaus prekyboje. Kai valstybė narė įmonėms suteikia pagalbą, veiklos mastai valstybės viduje gali būti išlaikyti arba išaugti, ir dėl to kitose valstybėse narėse įsteigtų įmonių galimybė patekti į šios valstybės narės rinką gali sumažėti ⁽¹⁸⁾.
44. Remdamasi tuo, kas išdėstyta, Komisija daro išvadą, kad priemonė galėjo iškraipyti konkurenciją ir daryti poveikį valstybių narių tarpusavio prekybai.

⁽¹²⁾ Sprendimo *Steinike ir Weinlig / Vokietija*, C-76/78, EU:C:1977:52, 21 punktas; sprendimų *Sloman Neptune / Bodo Ziesemer*, C-72/91 ir C-73/91, EU:C:1993:97, 19 punktas ir Sprendimo *Vokietija / Komisija*, T-47/15, ECLI:EU:T:2016:281, 81 punktas.

⁽¹³⁾ Sprendimo *Prancūzija / Komisija*, C-482/99, EU:C:2002:294, 37 punktas.

⁽¹⁴⁾ Sprendimo *Vent de Colère*, C-262/12, ECLI:EU:C:2013:851, 25 punktas.

⁽¹⁵⁾ Sprendimo *Achema ir kt.*, C-706/17, EU:C:2019:407, 72 punktas.

⁽¹⁶⁾ Taip pat žr. Sprendimo *Achema ir kt.*, C-706/17, EU:C:2019:407, 49 punktą.

⁽¹⁷⁾ 2012 m. Lietuva prisijungė prie prekybos energija biržos „Nordpool“: <https://www.nordpoolgroup.com/About-us/History/>.

⁽¹⁸⁾ Sprendimo *Achema ir kt.*, C-706/17, EU:C:2019:407, 91–93 punktai.

3.1.5. Išvada dėl pagalbos buvimo

45. Remdamasi pirmiau pateikta analize, Komisija daro išvadą, kad priemonė, apie kurią pranešta, yra valstybės pagalba pagal SESV 107 straipsnio 1 dalį.

3.2. Pagalbos teisėtumas

46. Priemonė, nagrinėjama šiame sprendime, įsigaliojo 2013 m. ir buvo taikoma iki 2018 m. pabaigos. Įgyvendindama priemonę prieš Komisijai priimant sprendimą dėl jos suderinamumo, Lietuva pažeidė SESV 108 straipsnio 3 dalyje nustatytą įpareigojimą neįgyvendinti priemonių tol, kol nepriimamas sprendimas, todėl priemonė yra neteisėta pagalba.

3.3. Suderinamumo vertinimas

3.3.1. Taikytinos taisyklės

3.3.1.1. Visuotinės ekonominės svarbos paslaugos (VESP)

47. Kompensacija „Lietuvos energijai“ galėtų būti laikoma suderinama su SESV 106 straipsnio 2 dalimi, jeigu ji nedaro tokio poveikio prekybos plėtojimui, kuris prieštarautų Sąjungos interesams. Tuo atveju turi būti įvykdytos Komisijos komunikato dėl kompensacijos už VESP 2.2–2.10 skirsniuose nustatytos sąlygos ⁽¹⁹⁾.
48. Minėtame komunikate VESP apibrėžiamos kaip „paslaug[os], kurių įmonė neprisiimtų arba prisiimtų ne tokiu pat mastu ar ne tokiomis pat sąlygomis, jei paaišytų savo komercinio intereso“. Komunikate teigiama, kad „su tam tikrais viešosios paslaugos įpareigojimais nederėtų susieti veiklos, kurią patenkinamai ir su valstybės apibrėžtu viešuoju interesu suderinamomis sąlygomis, pvz., susijusiomis su kaina, objektyviais kokybės reikalavimais, tęstinumu ir galimybe naudotis paslauga, jau vykdė arba gali vykdyti įprastomis rinkos sąlygomis veikiančios įmonės“.
49. Apskritai energijos tiekimo saugumas gali būti priežastis teikti VESP. Tačiau siekiant nustatyti, ar Lietuvos nustatyta VIAP yra tikra VESP, Lietuva turėtų įrodyti, kad egzistuoja energijos tiekimo saugumo problema, kurios negali išspręsti įprastomis rinkos sąlygomis veikiančios įmonės, įskaitant atvejus, kai imamasi tinkamų reformų, kuriomis siekiama pašalinti reguliavimo trūkumus ir pagerinti rinkos veikimą ⁽²⁰⁾. Lietuva iki šiol to neįrodė.
50. Reikia patikrinti, ar įpareigojimai teikti VIAP energijos tiekimo saugumui užtikrinti atitinka Elektros energijos direktyvoje nustatytus kriterijus, t. y. ar jie yra „aiškiai apibrėžti, skaidrūs, nediskriminaciniai ir patikrinami“ ir užtikrina „Bendrijos elektros energijos įmonėms vienodas galimybes teikti paslaugas nacionaliniams vartotojams“ ⁽²¹⁾. Šiuo požiūriu Lietuvos priemonė šių paslaugų teikimas paprasčiausiai buvo kasmet pavedamas valstybei priklausančiai rinkos senbuvei, nepateikiant aiškaus pagrindimo ir nesudarant galimybės kitiems potencialiems paslaugų teikėjams pareikšti susidomėjimą teikti reikiamas paslaugas. Be to, paslaugos galėjo būti teikiamos naudojant kitas technologijas, įskaitant ir kitas gamybos rūšis ⁽²²⁾. Panašu, kad patikėdama VIAP teikimą tik energijos rinkos senbuvei ir neįrodžiusi, jog buvo patikrintas ir paneigtas faktas, kad esama kitų technologijų ir (arba) alternatyvių teikėjų, kurie būtų galėję teikti šias paslaugas, Lietuva nevykdė įpareigojimų, susijusių su sektoriaus VIAP. Todėl Lietuvos valdžios institucijų taikoma įpareigojimo teikti VIAP apibrėžtis yra neskaidri ir diskriminacinė ir joje yra akivaizdi klaida ⁽²³⁾.
51. Be to, įpareigojimas teikti VIAP turi atitikti proporcingumo kriterijų. Teismas sprendime *Federutility* padarė išvadą: „Iš pačios SESV 106 straipsnio formuluotės matyti, kad su viešosios paslaugos teikimu susijusios pareigos, kurias pagal Direktyvos 2003/55 3 straipsnio 2 dalį galima numatyti įmonėms, turi atitikti proporcingumo principą ir kad šios pareigos gali sudaryti kliūčių laisvai nustatyti gamtinių dujų tiekimo kainą po 2007 m. liepos 1 d., tik jeigu tai būtina bendro ekonominio intereso tikslo, kurio jomis siekiama, įgyvendinimui ir tik griežtai apibrėžtam laikotarpiui.“ ⁽²⁴⁾ Sprendime *Federutility* aptariama dujų rinka, o Direktyva 2003/55/EB yra Dujų direktyva. Dujų direktyva reglamentuoja dujų rinką labai panašiai, kaip Elektros energijos direktyva elektros energijos rinką. Abiejose direktyvose pateiktos nuostatos dėl galimų įpareigojimų teikti VIAP atitinkamoje rinkoje ir nustatyti kriterijai, kuriuos tokie įpareigojimai turi atitikti.

⁽¹⁹⁾ 2012/C 8/03, 3.2. skirsnio 13 punktą, taip pat žr. 2012/C 8/02 46 punktą.

⁽²⁰⁾ Šiuo klausimu žr. analizę byloje SA.40454 (Prancūzijos pajėgumų konkursas Bretanėje), visų pirma 143–150 konstatuojamąsias dalis, ir byloje SA.45852 (Vokietijos pajėgumų rezervas).

⁽²¹⁾ Įpareigojimams teikti VIAP elektros energetikos sektoriuje keliamas reikalavimas pagal Direktyvos 2009/72/EB 3 straipsnio 2 dalį (OL L 211, 2009 8 14, p. 55–93).

⁽²²⁾ 2017 m. balandžio 4 d. rašte Lietuvos Respublikos konkurencijos taryba padarė išvadą, kad Lietuvos Respublikos Vyriausybė 2015 m. spalio 7 d. nutarimu Nr. 1083, kuriuo teikti paslaugas energijos tiekimo saugumui užtikrinti pavesta tik Lietuvos elektrinei, diskriminuoja kitus ūkio subjektus, nes nesudaro jiems galimybės konkuruoti su Lietuvos elektrine dėl šių paslaugų teikimo.

Žr. <https://kt.gov.lt/lt/naujienos/konkurencijos-taryba-siulo-nbsp-keisti-elektros-energetikos-sistemos-rezervo-uztikrinimo-paslaugas-reglamentuojancius-teises-aktus>.

⁽²³⁾ Valstybių narių prerogatyvos pavesti teikti visuotinės ekonominės svarbos paslaugą ribas generalinis advokatas M. Wathelet apibendrino savo išvados (bylos C-66/16 P–C-69/16 P) 106–109 punktuose (<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=194114&pageIndex=0&doclang=LT&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=381898>).

⁽²⁴⁾ Sprendimo *Federutility* ir kiti, C-265/08, 33 punktą. Pažymėtina, kad Direktyva 2003/55/EB, t. y. Dujų direktyva, yra labai panaši į Elektros energijos direktyvą ir jos 3 straipsnio 2 dalyje yra panašūs potencialių VIAP sąrašas.

52. Šiuo atveju 2013 m. sausio 1 d. – 2015 m. gruodžio 31 d. parama buvo susijusi su elektros energijos gamyba, o ne vien tik su rezerviniais pajėgumais. „Lietuvos energija“ gavo subsidiją už Lietuvos elektrinės teikiamas paslaugas, tačiau, nepaisant to, 2013 m. sausio 1 d. – 2015 m. gruodžio 31 d. Lietuvos elektrinė toliau dalyvavo rinkoje ir tiekė kvotinę elektros energiją perdavimo sistemos operatoriui. Kompensacija reiškia, kad Lietuvos elektrinė buvo rinkoje ir galėjo savo produkciją siūlyti tokia kaina, kuri nepadengė visų išlaidų, reikalingų elektrinės veiklai užtikrinti. Kad įvykdytų kvotą, elektrinei iš tiesų galėjo reikėti savo produkciją siūlyti žemesne kaina, nei būtina visoms išlaidoms padengti.
53. 2016 m. sausio 1 d. – 2018 m. gruodžio 31 d. pajėgumai buvo teoriškai perkelti į rezervą ir kompensacija buvo mokama už tokius rezervinius pajėgumus, o ne už elektros energijos kiekį, pagamintą pagal kvotą. Tačiau faktiškai remiami pajėgumai turėjo būti siūlomi rinkoje kaina, atitinkanti veiklos išlaidas (ir galėjo būti laisvai siūlomi rinkoje net viršijant remiamą pajėgumų kiekį). Tai reiškia, kad net ir po 2016 m. sausio 1 d. remiami pajėgumai nebuvo pašalinti iš rinkos.
54. Visą priemonės taikymo laikotarpį elektrinė buvo rinkoje ir turėjo (galėjo) rinkoje siūlyti savo produkciją tokia kaina, kuri buvo per maža visoms elektrinės veiklos užtikrinimo išlaidoms kompensuoti. Šias išlaidas padengė pagalba, o konkurentai tokios pagalbos gauti negalėjo. Todėl šia priemone buvo iš esmės ribojama rinkos kaina ir trukdoma rinkai pateikti kitų pajėgumų (įskaitant importą ir paklausos valdymą), kurių sąnaudos didesnės už remiamos elektrinės einamąsias sąnaudas (ji turėjo konkurencinį pranašumą, nes jai buvo mokama atskirai už pajėgumus ir ji galėjo gauti pajamų iš rinkos) ⁽²⁵⁾. Tikėtina, kad šis slopinamasis poveikis rinkos kainodarai, kol priemonė galiojo, galėjo atgrasyti kitus investuotojus nuo investicijų į naujus gamybos pajėgumus. Taip yra dėl to, kad dėl priemonės sumažėjo elektros energijos kainos ir kartu pajamos, kurias potencialūs investuotojai būtų galėję tikėtis gauti turėdami naują elektrinę ar paklausos valdymo paslaugų bendrovę. Tokiu būdu neproporcinga Lietuvos paslaugų koncepcija trukdė įgyvendinti elektros energijos tiekimo saugumo tikslą.
55. Todėl Komisija dėl didelio iškreipiamojo priemonės poveikio rinkos veikimui ir kainodarai visą 2013–2018 m. laikotarpį abejoja, kad laikytasi proporcingumo principo, kaip nurodyta sprendime *Federutility*. Taigi atrodo, jog šiuo atveju neįmanoma Lietuvos nustatytų paslaugų laikyti tikromis VESP.
56. Todėl Komisija labai abejoja, kad Lietuvos nustatytos paslaugos energijos tiekimo saugumui užtikrinti yra VESP, suderinamos su SESV 106 straipsnio 2 dalimi.

3.3.1.2. Vertinimas pagal SESV 107 straipsnio 3 dalies c punktą

57. Lietuva taip pat paaiškino, kad priemonė atitinka AEPG. Šiuo klausimu Komisija turi patikrinti, ar „Lietuvos energijai“ už gamybos ir rezervų paslaugas mokėta kompensacija galėtų būti laikoma suderinama su vidaus rinka pagal SESV 107 straipsnio 3 dalies c punktą.
58. Priemone siekiama užtikrinti elektros energijos gamybos pakankamumą ir elektros energijos tiekimo saugumą, todėl jai taikomas AEPG 3.9 skirsnis, kuriame nustatytos sąlygos, kuriomis pagalba elektros energijos gamybos pakankumui užtikrinti gali būti laikoma suderinama su vidaus rinka pagal SESV 107 straipsnio 3 dalies c punktą.
59. AEPG priimtos 2014 m. birželio 28 d. ir įsigaliojo 2014 m. liepos 1 d. AEPG 248 punkte paaiškinta, kad neteisėta pagalba aplinkos apsaugai arba energetikai bus vertinama pagal pagalbos suteikimo dieną galiojusias taisykles. Pirmoji pagalba, suteikta taikant vertinamą priemonę po AEPG įsigaliojimo, buvo 2015 m. sausio 1 d. – 2015 m. gruodžio 31 d. laikotarpio pagalba. Ji suteikta 2014 m. spalio 14 d. Vyriausybės nutarimu Nr. 1091, kuriame nustatyta, kad 2015 m. Lietuvos elektrinei bus atlyginta už 1 100 GWh pagamintos elektros energijos, ir 2014 m. spalio 17 d. NRI nutarimu Nr. O3-840, kuriame nustatyta mokėtina kompensacijos suma. Vadinasi, AEPG ir ypač jų 3.9 skirsnis šiai priemonei taikomi nuo 2015 m. sausio 1 d.
60. Anksčiau konkrečių gairių dėl elektros energijos gamybos pakankumo priemonių nebuvo. 2013 m. sausio 1 d. – 2014 m. gruodžio 31 d. laikotarpiu taikyta priemonė turi būti vertinama tiesiogiai remiantis SESV 107 straipsnio 3 dalies c punktu, kuriame teigiama, kad „pagalba, skirta tam tikros ekonominės veiklos rūšių arba tam tikrų ekonomikos sričių plėtrai skatinti, jei ji netrikdo prekybos sąlygų taip, kad prieštarautų bendram interesui“, gali būti laikoma suderinama su vidaus rinka. Kad pagalba būtų laikoma suderinama pagal SESV 107 straipsnio 3 dalies c punktą, priemonė turi būti būtina siekiant bendros svarbos tikslo. Ji turi būti tinkama priemonė, turėti skatinamąjį poveikį ir būti proporcinga.

3.3.2. Bendros svarbos tikslas

3.3.2.1. 2013–2014 m. laikotarpio vertinimas pagal SESV

61. Pagal SESV 194 straipsnį Sąjungos energetikos politika, be kita ko, siekiama užtikrinti energijos tiekimo saugumą Sąjungoje. Teismas taip pat yra patvirtinęs, kad energijos tiekimo saugumas yra viešojo intereso tikslas ⁽²⁶⁾.
62. Todėl Komisija mano, kad elektros energijos tiekimo saugumas 2013–2014 m. laikotarpiu yra bendros svarbos tikslas.

⁽²⁵⁾ Didelis iškreipiamasis poveikis, kurį rezervų priemonė gali daryti rinkos kainodarai, taip pat analizuojamas Komisijos sprendimo dėl Belgijos strateginio rezervo (byla SA.48648) 152 ir tolesniuose punktuose.

⁽²⁶⁾ 2013 m. spalio 22 d. Teismo sprendimo *Staat der Nederlanden / Essent ir kt.*, sujungtos bylos C-105/12–C-107/12, 59 punktas ir nurodyta teismo praktika.

3.3.2.2. 2015–2018 m. laikotarpio vertinimas pagal AEPG

63. Remiantis SESV ir vėlesne teismo praktika, AEPG 30 punkte paaiškinta, kad pagrindinis pagalbos energetikos sektoriuje tikslas – užtikrinti konkurencingos, tvarios ir saugios energijos sistemą gerai veikiančioje Sąjungos energijos rinkoje. AEPG 219–221 punktuose nustatytos papildomos taisyklės dėl elektros energijos gamybos pakankamumo siekiant bendros svarbos tikslo.
64. AEPG 219 punkte paaiškinta, kad elektros energijos gamybos pakankamumo priemonės gali būti rengiamos įvairiai, kaip investicinė pagalba ir veiklos pagalba, bet iš esmės atlyginama tik už išpareigojimą užtikrinti pajėgumus. Ši priemonė apima pagalbą už rezervinius pajėgumus, taip pat pagalbą už pagamintą kvotinę elektros energijos kiekį. Šis aspektas toliau vertinamas 3.3.4 skirsnyje dėl tinkamumo.
65. AEPG 220 punkte paaiškinta, kad pagalba elektros energijos gamybos pakankamumui užtikrinti gali trukdyti siekti tikslo laipsniškai nutraukti aplinkosaugos požiūriu žalingas subsidijas, be kita ko, iškastiniam kurui, todėl valstybės narės, prieš nusprendamos skirti pagalbą elektros energijos gamybos pakankamumui užtikrinti, turėtų apsvarstyti alternatyvius būdus užtikrinti elektros energijos gamybos pakankamumą, pvz., supaprastinti paklausos valdymą arba didinti jungčių pajėgumus.
66. Pastaraisiais metais Lietuva daug investavo į tinklų sujungimą – nutiestos naujos su Švedija ir Lenkija jungiančios linijos pradėjo veikti 2015 m. gruodžio mėn., jomis kartu su jau turėtomis linijomis, jungiančiomis su Rusija, Baltarusija ir Latvija, Lietuva importuoja apie 70 proc. visos suvartojamos elektros energijos. Nors Lietuva nėra padariusi didelės pažangos, didindama paklausos valdymo paslaugų teikėjų dalyvavimo rinkoje galimybes, ji pastaraisiais metais parėmė dideles investicijas į energijos gamybos iš atsinaujinančiųjų išteklių pajėgumus.
67. Komisija laikosi nuomonės, kad energijos tiekimo saugumo užtikrinimo priemonė savaime netrukdo siekti tikslo laipsniškai nutraukti aplinkosaugos požiūriu žalingas subsidijas, be kita ko, iškastiniam kurui. Kaip paaiškinta pirmiau, Lietuva taip pat rėmė energijos gamybą iš atsinaujinančiųjų išteklių ir daug investavo į tinklų sujungimą.
68. AEPG 221 punkte paaiškinta, priemonės tikslas turėtų būti aiškiai apibrėžtas. Lietuva paaiškino, kad PSO atliktoje analizėje nustatyta, jog turi būti pasiektas nuliui valandų numatomo apkrovos sumažėjimo (LOLE) lygus patikimumo standartas. Kitaip tariant, taikydama priemonę Lietuva siekia užtikrinti, kad Lietuvoje kiekvienas vartotojas galėtų tikėtis nebūsimantis atjungtas dėl įrengtosios galios trūkumo.
69. Komisija daro išvadą, kad energijos tiekimo saugumas yra bendros svarbos tikslas.

3.3.3. Valstybės pagalbos poreikis

3.3.3.1. 2013–2014 m. laikotarpio vertinimas pagal SESV

70. Dar iki 2013 m. Lietuva turėjo elektros energijos linijų, jungiančių su Rusija (680 MW), Baltarusija (1 800 MW) ir Latvija (1 200 MW). Šiuo metu pikinė Lietuvos paklausa žiemą siekia maždaug 1 800 MW. 2012 m. Lietuva turėjo 3 905 MW naudingųjų gamybos pajėgumų ⁽²⁷⁾.
71. Kaip paaiškinta 2.3 skirsnyje, Lietuva teigia, kad uždarius Ignalinos atominę elektrinę Lietuvai reikėjo specialių priemonių energijos tiekimo saugumui užtikrinti. Komisija sutinka, kad Ignalinos atominės elektrinės uždarymas Baltijos valstybėms, visų pirma Lietuvai, buvo ypač sudėtinga problema. Tai aiškiai pripažinta Stojimo sutarties protokole. Energijos tiekimo saugumui regione kilusią riziką Komisija taip pat pripažino 2009 m. Sprendime dėl valstybės pagalbos 675/2009 „Konkursas dėl pagalbos naujiems elektros energijos gamybos pajėgumams Latvijoje“ ⁽²⁸⁾.
72. Lietuva paaiškino, kad kiekvienų metų reikiamą kiekvienos paslaugos apimtį nustatė PSO, vykdydamas savo užduotį regionui parengti dešimties metų tinklo plėtros planus. Iš Lietuvos pateiktos informacijos matyti, kad šie vertinimai buvo deterministiniai vertinimai, kurie buvo grindžiami prielaida, kad energijos iš kitų šalių, išskyrus Latviją, importuoti nebus įmanoma, ir kuriuose neatsižvelgta į atsinaujinančiųjų išteklių energetikos plėtrą arba paklausos valdymą. Vis dėlto prieš įsigaliojant AEPG nebuvo reikalaujama atlikti sudėtingesnio tikimybinio pakankamumo vertinimo elektros energijos gamybos pakankamumo priemonės būtinumui pagrįsti, kuriame būtų atsižvelgiama, pavyzdžiui, į oro sąlygų lemiamus iš atsinaujinančiųjų išteklių gaminamos energijos kiekio ir paklausos svyravimus. Tai matyti iš bylos, kurią Komisija nagrinėjo prieš įsigaliojant AEPG ⁽²⁹⁾.
73. 2013 ir 2014 m. pigus ir gausus elektros energijos importas iš Rusijos ir Baltarusijos būtų pakenkęs galimybei vykdyti pelningas naujas investicijas Lietuvoje. Be to, planai statyti naują branduolinę elektrinę ⁽³⁰⁾ kartu su planais nutiesti naują jungiamąją liniją į Švediją, kur elektros energijos kainos paprastai yra mažos, galėjo atgrasyti nuo naujų investicijų arba paskatinti sustabdyti ar uždaryti turimas elektrines Lietuvoje. Nors energijos importas iš Rusijos iš esmės buvo patikimas, galėjo būti tiekimo sutrikimų.

⁽²⁷⁾ ENTSO-E, 2012 m. metinės statistikos ir pakankamumo apžvalgos ataskaita
https://docstore.entsoe.eu/Documents/Publications/Statistics/YSAR/140318_YSAR_2012_report.pdf.

⁽²⁸⁾ http://ec.europa.eu/competition/state_aid/cases/234155/234155_1115584_49_1.pdf, visų pirma žr. 23–29 konstatuojamąsias dalis.

⁽²⁹⁾ Pavyzdžiui, žr. analizę byloje 675/2009.

⁽³⁰⁾ Lietuva daugelį metų svarstė galimybę Visagine, netoli IAE, statyti naują branduolinę elektrinę. Žr. <https://enmin.lrv.lt/en/strategic-projects/electricity-sector/visaginas-nuclear-power-plant>.

74. Todėl manome, kad 2013 ir 2014 m. priemonė elektros energijos gamybos pakankamumui užtikrinti galėjo būti būtina dėl nepakankamų rinka grindžiamų investicijų į naujus pajėgumus, didelės Lietuvos priklausomybės nuo importo ir jo sutrikimų rizikos.
75. Todėl dėl 2013 ir 2014 m. Komisija daro preliminarį išvadą, kad priemonė buvo būtina.

3.3.3.2. 2015–2018 m. laikotarpio vertinimas pagal AEPG

76. AEPG 222–224 punktuose nustatyti konkretūs kriterijai, pagal kuriuos valstybės narės turėtų įrodyti valstybės intervencijos poreikį. 222 punkte reikalaujama elektros energijos gamybos pakankamumo problemą tinkamai išanalizuoti ir įvertinti kiekybiškai. 223 punkte reikalaujama įrodyti priežastis, kodėl nėra tikėtina, kad rinkoje bus pakankamai pajėgumų. 224 punkte reikalaujama, kad Komisija, remdamasi valstybės narės pateikta informacija, atsižvelgtų į turimo elektrinių parko ir tinklo galimybių patenkinti didelę paklausą vertinimus.
77. Lietuvos praktika atliekant pakankamumo vertinimą energijos tiekimo saugumo užtikrinimo priemonės būtinumui nustatyti laikui bėgant nesikeitė. Ir naujausias, 2018 m. atliktas, rezervų vertinimas buvo deterministinis, o ne tikimybinis. Kaip ir ankstesniuose vertinimuose, jame daroma prielaida, kad energijos iš kitų šalių, išskyrus Latviją, nebus importuojama, ir neįtraukiamas paklausos valdymo ir įrengtųjų atsinaujinančiuosius išteklius naudojančių pajėgumų indėlis.
78. 2017 m. Lietuva turėjo 3 663 MW įrengtosios galios ⁽³¹⁾ (825 MW naudojant atsinaujinančiuosius išteklius), o pikinė paklausa žiemą siekė apie 1 800 MW. ENTSO-E nenumatė, kad 2020 m. ir 2025 m. kilsią pajėgumų pakankamumo problemų, tačiau taip pat pažymėjo, kad turimi gamybos pajėgumai paprastai nėra konkurencingi didmeninėje rinkoje, o didelė dalis Lietuvos energetikos sistemos poreikio patenkinama importuojant elektros energiją. Kitaip tariant, nors panašu, kad Lietuvoje pakankamumo problemos nėra (pakankama pasiūla paklausai patenkinti), nacionalinė gamyba nekonkurencinga, todėl daug elektros energijos importuojama.
79. Nuo 2015 m. gruodžio mėn. Lietuva taip pat naudoja tinklų jungtis su Lenkija (500 MW) ir Švedija (700 MW). 2016 m. kovo 2 d. rašte Komisijai Lietuva teigė: „Kai baigus tiesti tinklų jungtis Lietuvos rinka bus atverta įvairiems elektros energijos tiekimo šaltiniams ir taip bus sudarytos sąlygos konkurencingai rinkai, Lietuvos valdžios institucijos šią priemonę panaikins kaip nebereikalingą.“ Tačiau Lietuva taip pat paaiškino, kad jungtys su Lenkija ir Švedija buvo nepatikimos, nes: i) Lenkija tam tikru metu neleisdžia eksportuoti į Lietuvą; ii) su Švedija jungiančioje linijoje buvo techninių problemų (2016 m. ją buvo galima naudoti 78 proc. laiko, 2017 m. – 89 proc. laiko) ⁽³²⁾. Todėl Lietuva teigė, kad elektros energijos tiekimo saugumui užtikrinti buvo būtinos vidaus priemonės.
80. Įrengtieji elektros energijos gamybos iš atsinaujinančiųjų išteklių pajėgumai ilgainiui taip pat didėjo ir 2018 m. Lietuva turėjo 833 MW įrengtosios galios elektros energijai iš atsinaujinančiųjų išteklių gaminti (neįtraukta 900 MW Kruonio hidroakumulacinė elektrinė). Lietuva paaiškino, kad Lietuvoje pastaruosius kelerius metus per 100 didžiausios paklausos valandų vidutiniškai 233 MW galios užtikrinta naudojant atsinaujinančiuosius išteklius ir energijos iš atsinaujinančiųjų išteklių pagaminama vis daugiau, nes įrengiama daugiau elektros energijos gamybos iš atsinaujinančiųjų išteklių pajėgumų (pvz., 2013 m. tokia įrengtoji galia buvo 127 MW, o 2017 – 331 MW). Todėl Komisija tikėtusi, kad planuojant elektros energijos gamybos pakankamumo priemonę būtų kažkiek atsižvelgta į atsinaujinančiųjų išteklių energijos indėlį į energijos tiekimo saugumo užtikrinimą, tačiau atrodo, kad į energijos gamybos iš atsinaujinančiųjų išteklių indėlį kol kas neatsižvelgta.
81. Kalbant apie AEPG 223 punktą, Lietuva nenurodė konkrečių priežasčių, kodėl nebuvo tikėtina, rinkoje būtų buvę pakankamai pajėgumų. Tačiau Komisija atkreipia dėmesį, kad:
82. 2018 m. liepos 24 d. pateiktoje medžiagoje Lietuva nurodė, kad techninis paklausos valdymo potencialas Lietuvoje yra 189 MW, tačiau paaiškino, kad nuolat naudoti įmanoma ne daugiau kaip 50 MW. Be to, Lietuva per diskusijas paaiškino, kad tinkamos kainos galėtų paskatinti didinti paklausos valdymo pajėgumus, įskaitant 86 MW gamybos pajėgumus pramonės objektuose, kurie tuo metu, kai kaina didelė, potencialiai galėtų būti suinteresuoti tiekti elektros energiją rinkai, o ne patys ją suvartoti. Šiuose objektuose jau yra būtini skaitikliai, tačiau nesitikima, kad šiuo metu kainos Lietuvos rinkoje tinkamai skatintų paklausos valdymo plėtotę.
83. 2018 m. liepos 24 d. pateiktoje medžiagoje Lietuva paaiškino, kad apskaičiuota prarastos apkrovos vertė (VOLL), t. y. suma, kurią vidutinis Lietuvos vartotojas sutiktų mokėti, kad jam nebūtų atjungtas elektros energijos tiekimas, yra apie 5 320 EUR/MWh. Tačiau Lietuva paaiškino, kad kainoms Lietuvos rinkoje nebuvo sudarytos sąlygos kilti, kai elektros energijos trūkdavo, ir iš tikrųjų priemonės taikymo laikotarpiu jos buvo veiksmingai apribotos pagal Lietuvos elektrinės kintamųjų sąnaudų lygį (60–90 EUR/MWh priklausomai nuo konkretaus gamybos bloko). Tai reiškia, kad iš elektros energijos rinkos nebuvo siunčiami reikalingi signalai energijos tiekimo saugumui užtikrinti. Pavyzdžiui:
- a. didesnės kainos galėjo paskatinti daugiau vartotojų savanoriškai atsijungti kainai pakilus, taip būtų atsiradę daugiau paklausos valdymo galimybių ir mažėjęs elektros energijos gamybos poreikis;
 - b. galimos didesnės kainos galėjo paskatinti daugiau investuoti į gamybą, o šiuos pajėgumus būtų buvę galima patikimai naudoti tada, kai energijos trūkdavę, ir taip gauti naudos iš didelių kainų. Dėl to galėjo sumažėti rinkos sąlygų neatitinkančių elektros energijos gamybos subsidijų poreikis.

⁽³¹⁾ Reguliavimo institucijos parengta 2017 m. Lietuvos elektros energijos rinkos ataskaita, https://www.regula.lt/SiteAssets/naujienu-medziaga/2018-geguze/elektra_stebesena_ataskaita_2017_IV_ketv.pdf.

⁽³²⁾ Su Švedija jungianti linija 2018 m. vasarą buvo patobulinta, ir tikimasi, kad po šio remonto ji bus patikimesnė.

84. AEPG 224 punkte reikalaujama, kad Komisija, be kita ko, atsižvelgtų į „priemon[es] paklausos valdymui skatinti“ ir „reguliavimo ar rinkos nepakankamumo (pvz., dėl didmeninių kainų viršutinių ribų) [problemą]“. 2018 m. liepos 24 d. pateiktoje medžiagoje Lietuva paaiškino, kad paklausos valdymui skatinti bus sukurta nauja reguliavimo aplinka, tačiau nenurodė nei konkrečių rinkos aspektų, kuriems reiki skirti dėmesio, nei kitų priemonių, išskyrus tai, kad paklausos valdymui skatinti reikia įrengti naują energijos apskaitos įrangą. Todėl Komisija ragina pateikti nuomonę apie galimus rinkos patobulinimus.
85. Lietuva paaiškino, kad nuliui valandų LOLE lygus patikimumo standartas buvo nustatytas, nes nepakako gamybos pajėgumų. Tai gerokai griežtesnis patikimumo standartas, nei nustatyta kitose valstybėse narėse, – iki šiol griežčiausias standartas yra 3 val. LOLE, pvz., Prancūzijoje ir Jungtinėje Karalystėje. Taikant griežtesnį standartą sumažėja saugumo užtikrinimo tikimui nutrūkus sąnaudos, tačiau padidėja elektros energijos pajėgumų įrengimo arba išlaikymo sąnaudos. Komisija Sektoriaus tyrimo dėl pajėgumų mechanizmų išvadose, kad ekonomiškai efektyvus patikimumo standartas yra „grindžiamas tuo, kiek elektros energijos vartotojai vertina energijos tiekimo saugumą. Kitaip tariant, valstybės narės turėtų atlikti sąnaudų ir naudos analizę ir nustatyti, kiek būtų naudinga paskatinti rinkos dalyvius siekti tam tikro patikimumo standarto.“⁽³³⁾ Jei Lietuvoje VOLL yra apie 5 320 EUR/MWh, remiantis Sektoriaus tyrimo galutinėje ataskaitoje apibūdintu algoritmu, ekonomiškai optimalus patikimumo standartas Lietuvoje galėtų būti apie 11,5 val. LOLE⁽³⁴⁾. Tai reikštų, kad Lietuvos patvirtinta priemonė, kuria siekiama nulio valandų standarto, buvo gerokai per griežta.
86. Vis dėlto nagrinėdama bylas dėl strateginių rezervų Komisija laikėsi nuomonės, kad rezervo būtinybę galima įrodyti remiantis racionaliu blogiausiu scenarijumi⁽³⁵⁾. Tai reiškia, jog galima pateisinti tai, kad strateginiu rezervu siekiama užtikrinti didesnę nei remiantis sąnaudų ir naudos analize paprastai optimaliu laikomą energijos tiekimo saugumą. Kaip ir Vokietijos byloje, viršutinę didžiausios kainos už rezervinius pajėgumus ribą gali reikėti taikyti siekiant užtikrinti, kad rezervo kaip apsidraudimo priemonės įsigijimo išlaidos neviršytų nepatenkinus paklausos patiriamų išlaidų, jei atskirais metais pasitvirtintų blogiausias scenarijus.
87. Remdamasi šia analize, Komisija mano, kad šiuo etapu priemonės būtinumas 2015–2018 m. nėra įrodytas. Tačiau energijos tiekimo saugumo užtikrinimo priemonės būtinumas gali būti įrodytas atlikus racionaliu blogiausiu scenarijumi grindžiamą analizę, visų pirma dėl 2015 m., prieš pradėdant veikti naujoms linijoms, jungiančioms su Lenkija ir Švedija. Atliekant tokią analizę taip pat reiktų palyginti numatomą rezervo naudą, jei išsipildytų blogiausias scenarijus, ir rezervo įsigijimo išlaidas. Komisija ragina pateikti nuomonę šiais klausimais.

3.3.4. Tinkama priemonė

3.3.4.1. 2013–2014 m. laikotarpio vertinimas pagal SESV

88. Direktyvoje 2003/54/EB numatytos dvi galimybės rinkos nepakankamumo atveju užtikrinti energijos tiekimo saugumą: pirmiausia valstybės narės turėtų apsvarstyti, ar šią problemą galima išspręsti energijos vartojimo efektyvumo ir paklausos valdymo priemonėmis. Tik tuo atveju, jei tai neįmanoma, valstybės narės gali nuspręsti imtis tiekimo valdymo priemonių „konkurso tvarka ar tvarka, kuri yra lygiavertė skaidrumo ir nediskriminavimo atžvilgiu laikantis paskelbtų kriterijų“⁽³⁶⁾.
89. Kaip paaiškinta pirmiau, Lietuva nurodė potencialų paklausos valdymo indėlį, tačiau taip pat paaiškino, kad norint, jog paklausos valdymo paslaugų teikėjai aktyviai dalyvautų rinkoje, reikia toliau investuoti į energijos apskaitą ir galbūt iš dalies pakeisti rinkos taisykles.
90. Vis dėlto Lietuva, užuot taikiusi nediskriminacinę tvarką nustatytam pajėgumų trūkumui pašalinti, reikiamai gamybos paslaugai teikti kasmet vienašališkai pasirinkdavo Lietuvos elektrinę. Nebuvo skelbiamas konkursas arba kitas kvietimas pareikšti susidomėjimą, siekiant nustatyti, ar teikti reikiamą paslaugą palankesnėmis sąlygomis galėtų alternatyvūs teikėjai ir taip sumažėtų priemonė finansuoti reikalinga pagalba. Lietuva paaiškino, kad priemonės nebuvo įmanoma įgyvendinti taikant konkurso procedūrą, kurioje dalyvautų kiti potencialūs paslaugų teikėjai, nes:
- a. energijos gamybos kvotos, pagal kurias Lietuvos elektrinė turėjo pagaminti tam tikrą elektros energijos kiekį, buvo reikalingos „330 kV įtampos tinklo reguliavimui užtikrinti“;
 - b. Lietuvos elektrinės blokai turėjo veikti siekiant „užtikrinti dinaminį elektros energetikos sistemos stabilumą įvykus trifaziam trumpajam jungimui“;
 - c. be Lietuvos elektrinės būtų neįmanoma iš naujo paleisti elektros energetikos sistemos po avarijos (t. y. Lietuvos elektrinė turėjo teikti paleidimo po visuotinės avarijos paslaugas);
 - d. Lietuvos elektrinė buvo būtina dėl „perkrovų BRELL sistemos taškuose galimybės“.
91. Tačiau Lietuva nepaaiškino, kodėl įvairias papildomas paslaugas teikti ir apsidraudimo nuo įvairių energijos tiekimo saugumo problemų poreikį patenkinti galėjo tik Lietuvos elektrinė ir kodėl visų ar dalies reikiamų paslaugų negalėjo teikti kiti rinkos dalyviai (įskaitant skundo pateikėjas ir potencialius naujus dalyvius).

⁽³³⁾ COM(2016) 752 final, 2016 m. lapkričio 30 d.

⁽³⁴⁾ Naujų pajėgumų sąnaudos (maždaug 60 000 EUR/MW per metus), padalytos iš VOLL.

⁽³⁵⁾ Žr., pavyzdžiui, bylos SA.45852 (2017/C) 110 konstatuojamąją dalį.

⁽³⁶⁾ Direktyvos 2003/54/EB (OL L 176, 2003 7 15, p. 37–56) 7 straipsnis.

92. Gamybos paslauga, kurią reikalauja teikti taikant priemonę 2013 ir 2014 m., taip pat reiškė, kad pagalbos gavėja kasmet privalėjo pagaminti tam tikrą kiekį elektros energijos. Dėl šios subsidijuojamos elektros energijos pasiūla rinkoje galėjo padidėti labiau, palyginti su tuo kiekiu, kurį Lietuvos elektrinė vis tiek būtų pagaminusi, ir taip išstumti kitus pajėgumų šaltinius, kurie neturėjo šios priemonės teikiamų pranašumų. Dėl to Lietuvoje taip pat tam tikru mastu galėjo sumažėti rinkos kainos, nes dėl subsidijų rinkoje atsirado perteklinės elektros energijos, o Lietuvos elektrinė išliko rinkoje, nors priešingu atveju ji galbūt būtų buvusi sustabdyta ar uždaryta. Tai galėjo pakenkti bendros svarbos tikslo įgyvendinimui, nes dėl rinkos kainų sumažėjimo ir kitų pajėgumų išstūmimo investuotojai galėjo turėti mažiau paskatų rinkoje išlaikyti, patikimai eksploatuoti ir didinti pajėgumus, kurie galėtų prisidėti prie elektros energijos tiekimo saugumo.
93. Remdamasi pirmiau pateikta analize, Komisija turi abejonių dėl priemonės koncepcijos, iškraipiančios rinkos kainodarą, ir dėl to, kad, atsižvelgiant į susijusių sektoriaus teisės aktų reikalavimus, turėjo būti apsvarstyta atviresnė ir konkurencingesnė alternatyva. Todėl Komisija turi abejonių dėl 2013–2014 m. laikotarpio priemonės tinkamumo.

3.3.4.2. 2015–2018 m. laikotarpio vertinimas pagal AEPG

94. AEPG 225 punkte reikalaujama, kad taikant elektros energijos gamybos pakankamumo priemones būtų atlyginama tik už turimą pajėgumą (MW), o ne už pristatytą kiekį (MWh). Taip siekiama sumažinti galimą rinkos iškraipymą dėl teikiamos veiklos pagalbos.
95. Iki 2015 m. gruodžio 31 d. taikant priemonę buvo mokama už MWh pagal nustatytas elektros energijos gamybos kvotas. Nuo 2016 m. sausio 1 d. už MWh nebebuvo mokama, o priemonė perorientuota į rezervą ir mokama už pajėgumus (mokėjimas už MW per metus).
96. Tačiau faktiškai dėl naudojimo taisyklių, reiškiančių, kad netgi ir nuo 2016 m. rezervas buvo naudojamas kaskart, kai rinkos kainos pasiekdavo 60–80 EUR/MWh, Lietuvos rezervas galėjo labai iškraipyti rinką, veiksmingai apribodamas rinkos kainas. Tokiu būdu priemonė visą jos taikymo laikotarpį neleido kainoms pakilti iki tokio lygio, kurio reikėjo naujoms investicijoms į elektros energijos gamybos pajėgumus Lietuvoje skatinti.
97. AEPG 226 punkte reikalaujama, kad elektros energijos gamybos pakankamumo priemonės būtų atviros naujiems ir esamiems pajėgumams, taip pat visoms technologijoms, kuriomis gali būti teikiama reikiama paslauga. Kaip paaiškinta 3.3.4.1 skirsnyje, priemone negalėjo pasinaudoti kiti teikėjai, išskyrus Lietuvos elektrinę. Lietuva teigė, jog nebuvo kitų pajėgumų, kuriuos būtų buvę galima naudoti reikiamam energijos tiekimo saugumui užtikrinti. Taip pat galima teigti, kad kai kurių kitų nedidelių pajėgumų vis tiek būtų nepakakę, nes bet kuriuo atveju Lietuvos elektrinė būtų buvusi būtina likusiam rezervo poreikiui patenkinti. Šiuo sprendimu Komisija siekia šiuos klausimus išsiaiškinti.
98. Remdamasi pirmiau pateikta analize, Komisija turi abejonių dėl 2015–2018 m. laikotarpio priemonės tinkamumo.

3.3.5. Skatinamasis poveikis

3.3.5.1. 2013–2014 m. laikotarpio vertinimas pagal SESV

99. Valstybės pagalba turi skatinamąjį poveikį, jeigu dėl jos gavėjo elgesys pasikeičia taip, kad pasiekiamas bendros svarbos tikslas. Kaip paaiškinta 73 konstatuojamojoje dalyje, importo lemiamą konkurenciją reiškia, kad didžioji dalis Lietuvos vidaus gamybos buvo nekonkurencinga. Lietuva taip pat paaiškino, kad jeigu 2013 ir 2014 m. Lietuvos elektrinė nebūtų buvusi įpareigota įvykdyti elektros energijos gamybos kvotas, ji nebūtų pagaminusi pakankamai elektros energijos įvairių energijos tiekimo saugumui būtinų paslaugų teikimui užtikrinti.
100. Todėl Komisija daro išvadą, kad taikant priemonę mokėjimas už elektros energijos gamybos kvotas 2013 ir 2014 m. turėjo skatinamąjį poveikį.

3.3.5.2. 2015–2018 m. laikotarpio vertinimas pagal AEPG

101. AEPG 49 punkte paaiškinta, kad skatinamasis poveikis pasireiškia, jei pagalba skatina pagalbos gavėją keisti savo elgesį taip, kad būtų pasiektas bendros svarbos tikslas, ir be pagalbos jis taip nesielgtų.
102. Remdamasi 3.3.2.1 skirsnyje pateikta analize ir tuo faktu, kad nuo 2015 m. gruodžio mėn. elektrinė patiria papildomą konkurenciją dėl importo iš Lenkijos ir Švedijos, Komisija daro išvadą, kad priemonės skatinamasis poveikis išliko ir 2015–2018 m.

3.3.6. Proporcingumas

3.3.6.1. 2013–2014 m. laikotarpio vertinimas pagal SESV

103. Valstybės pagalbos priemonė yra proporcinga, jei pagalba neviršijama tai, kas būtina. Tai galima užtikrinti pagalbos gavėjus atrenkant nediskriminacine, skaidria ir konkurencine tvarka. Šiuo atveju pagalba buvo suteikta tiesiogiai pagalbos gavėjai. Taigi atlygio dydis buvo nustatytas ne konkurencine, o administracine tvarka. Todėl Komisija turi nustatyti, ar nekonkurencine tvarka suteikta pagalba buvo proporcinga.

104. Kaip matyti iš 1 paveikslas, taikant priemonę skirtos pagalbos suma labai skyrėsi. 2013 m. Lietuvos elektrinei už 900 GWh elektros energijos gamybos kvotos įvykdymą sumokėta 136,5 mln. EUR. 2014 m. Lietuvos elektrinei už 900 GWh elektros energijos gamybos kvotos įvykdymą sumokėta 77,6 mln. EUR. 2013 m. pagalbos suma buvo 151,67 EUR/MWh, o 2014 m. – 86,22 EUR/MWh (2015 m. pagalbos už tą pačią paslaugą suma buvo 46 EUR/MWh). Lietuva teigė, kad šiuos skirtumus gali paaiškinti šie veiksniai:
- dujų kainų skirtumai;
 - su kitais metais susijusios korekcijos (t. y. konkrečiais metais mokėta nebūtinai tik už tais metais suteiktas paslaugas, į mokėjimo sumas taip pat galėjo būti įtrauktos korekcijos perskaičiavus kitais metais mokėtiną kompensaciją);
 - skirtumai, priklausantys nuo to, kurie Lietuvos elektrinės blokai atitinkamai metais faktiškai teikė reikiamą paslaugą;
 - skirtumai, priklausantys nuo gamybos kvotos dydžio (jis lemia tai, kaip pastoviosios išlaidos pasiskirsto pagal eksploataavimo valandas);
 - skirtumai dėl NRI atlikto patikrinimo rezultatų;
 - skirtumai dėl „skirtingų normatyvinio pelno nustatymo principų“.
105. Lietuva paaiškino, kad Lietuvos elektrinei suteikta kompensacija atitinka pagrįstą kompensaciją už jos išlaidas, tačiau išsamių skaičiavimų nepateikė. Tokiais skaičiavimais, pavyzdžiui, elektrinės išlaidos būtų lyginamos su jos pajamomis iš elektros energijos ir papildomų paslaugų rinkų, taip pat su taikant šią priemonę gauta pagalba ir bet kokia pagalba iš kitų šaltinių, įskaitant, pvz., bet kokią pagalbą, elektrinei suteiktą pagal Stojimo sutarties protokolo 2 straipsnio 8 dalį, minimą 2.3 skirsnyje. Tokie skaičiavimai būtų būtini pagalbos proporcingumui ir dideliems pagalbos dydžio skirtumams įvairiais metais patikrinti. Remdamasi šiuo etapu turima informacija, Komisija turi abejonių dėl 2013–2014 m. laikotarpio priemonės proporcingumo.

3.3.6.2. 2015–2018 m. laikotarpio vertinimas pagal AEPG

106. AEPG 228 punkte reikalaujama, kad gavėjai gautų pagrįstą grąžą. 229 punkte paaiškinta, kad pagrįstą grąžą paprastai užtikrina konkurencinis konkursas, o 230 punkte reikalaujama, priemonėje būtų numatyti mechanizmai, kuriais užtikrinama, kad nebūtų galima gauti nenumatyto pelno. Galiausiai, 231 punkte reikalaujama, kad kaina už pajėgumą automatiškai sumažėtų iki nulio, kai rinkoje jo pakanka.
107. Nagrinėjamu atveju konkursas nevykdomas, o pagalbos dydis kasmet nustatomas administracine tvarka. 2016–2018 m. laikotarpiu pagalbos dydis labai skyrėsi: nuo 45 818 EUR/MW per metus 2016 m. iki 127 358 EUR/MW per metus 2018 m., o elektrinė dar galėjo gauti pajamų iš papildomų paslaugų ir elektros energijos rinkų. Kaip ir dėl 2013 ir 2014 m. (žr. 3.3.6.1 skirsnį), Lietuva nepateikė išsamių skaičiavimų, pagal kuriuos būtų galima patikrinti Lietuvos elektrinei už gamybos paslaugą 2015 m. ir už rezervų paslaugą 2016–2018 m. suteiktos pagalbos dydžio proporcingumą.
108. Taip pat atrodo svarbu patikrinti, ar Lietuvos elektrinei mokėtos kompensacijos suma neviršijo tikėtinų išlaidų naujiems gamybos pajėgumams Lietuvoje įrengti (arba, pvz., naujiems paklausos valdymo pajėgumams paremti), nes būtų neproporcinga Lietuvos elektrinei mokėti daugiau, nei kainuotų alternatyvūs pajėgumai, kurie būtų alternatyvus būdas paremti bendros svarbos tikslą.
109. Todėl Komisija turi abejonių dėl 2015–2018 m. laikotarpio priemonės proporcingumo ir ragina pareikšti nuomonę dėl mokėtos kompensacijos dydžio ir apskaičiuotosios naujų pajėgumų kainos Lietuvoje.

3.3.7. Konkurencijos iškraipymas ir pusiausvyros tyrimas

3.3.7.1. 2013–2014 m. laikotarpio vertinimas pagal SESV

110. Konkurencijos ir prekybos iškraipymas, galintis atsirasti dėl valstybės pagalbos, turėtų būti ribotas, kad bendra pusiausvyra, atsižvelgiant į bendros svarbos tikslą, būtų teigiama.
111. Suteikus pagalbą jos gavėjas turi finansinį pranašumą savo konkurentų atžvilgiu. Toks pranašumas ypač iškraipo rinką, jei padeda rinkoje išlikti neveiksmingoms įmonėms arba jei sustiprina esamą įtaką rinkoje ir skatina antikoncepciją elgesį.
112. Sprendime dėl valstybės pagalbos, kurią Latviją teikė rengdama konkursą dėl naujos elektrinės, Komisija išnagrinėjo faktą, kad pagal Latvijos planuojamo konkurso koncepciją į sistemą turėjo ateiti naujas rinkos dalyvis⁽³⁷⁾. Sprendime nustatyta, kad pagalba lems didesnę konkurenciją Baltijos jūros regione, nes bus remiamas naujas gamintojas ir skatinamas naujos rūšies kuro naudojimas. Šiuo atveju, priešingai, priemonė visą jos taikymo laikotarpį buvo naudinga tik vienai elektrinei, priklausančiai Lietuvoje seniai veikiančiai elektros energijos gamybos bendrovei. Konkurencinio proceso nebuvimas reiškia, kad potencialūs alternatyvūs paslaugos teikėjai negalėjo patekti į rinką.

⁽³⁷⁾ Komisijos sprendimo dėl valstybės pagalbos 675/2009 48 ir 50 konstatuojamosios dalys.

113. Be to, kaip paaiškinta 3.3.4 skirsnyje, priemonė dėl savo koncepcijos galėjo turėti rinkos kainų viršutinės ribos poveikį. Trumpuoju laikotarpiu dėl to galėjo sumažėti kitų rinkos dalyvių rinkoje gaunamos pajamos ir tai galėjo trukdyti į rinką patekti alternatyviems sprendimams, įskaitant importą ir paklausos valdymą, kurie būtų galėję padėti užtikrinti energijos tiekimo saugumą vietoj Lietuvos elektrinės arba kartu su ja. Ilguoju laikotarpiu dėl to galėjo sumažėti paskatos alternatyvių pajėgumų teikėjams investuoti ir sustiprėti rinkos senbuvės padėtis rinkoje.
114. Todėl Komisija turi abejonių, kad, viską pasvėrus, priemonė gali būti laikoma suderinama su vidaus rinka, nes ji, nors ir padeda siekti bendros svarbos tikslo, nederamai iškraipo konkurenciją ir prekybą.

3.3.7.1. 2015–2018 m. laikotarpio vertinimas pagal AEPG

115. AEPG 232 punkto a ir b papunkčiuose reikalaujama, kad elektros energijos gamybos pakankamumo priemonėmis būtų sudaromos sąlygos dalyvauti visiems pakankamumo problemą galinčių padėti išspręsti pajėgumų, įskaitant paklausos valdymo, kaupimo ir užsienio pajėgumus, teikėjams. AEPG 232 punkto c papunktyje reikalaujama, kad elektros energijos gamybos pakankamumo priemonės įtrauktų pakankamai elektros energijos gamintojų, kad būtų nustatyta konkurencinga kaina. Priemone visą jos taikymo laikotarpį galėjo naudotis tik Lietuvos elektrinė. Lietuva nepateikė argumentų, paaiškinančių, kodėl energijos tiekimo saugumui užtikrinti nebuvo atsižvelgta į kitus pajėgumus ir kitus veiklos vykdytojus.
116. AEPG 232 punkto d papunktyje reikalaujama, kad rengiant elektros energijos gamybos pakankamumo priemones būtų vengiama didmeninių kainų viršutinių ribų nustatymo. AEPG 233 punkto a–c papunkčiuose reikalaujama, kad elektros energijos gamybos pakankamumo priemonėmis būtų išlaikomos paskatos investuoti į tinklų sujungimą, palaikomas rinkų susiejimas ir nebūtų pažeidžiami sprendimai dėl investicijų rinkoje. Kaip paaiškinta 3.4 skirsnyje, aptariama priemonė greičiausiai turėjo rinkos kainų viršutinės ribos poveikį, o tai galėjo pažeisti sprendimus dėl investicijų, įskaitant investicijas į tinklų sujungimą ir alternatyvius pajėgumų šaltinius. Tačiau Lietuva pastaruoju metu parėmė dideles investicijas į tinklų sujungimą.
117. AEPG 233 punkto d papunktyje reikalaujama, kad elektros energijos gamybos pakankamumo priemonėmis nebūtų nederamai didinamas dominavimas rinkoje. Kadangi pagalbos gavėja visada buvo „Lietuvos energija“, Komisija turi abejonių, kad šios nuostatos laikytasi, nes priemonė galėjo sustiprinti „Lietuvos energijos“ dominavimą (žr. 2.1.2 skirsnį).
118. AEPG 233 punkto e papunktyje reikalaujama, kad elektros energijos gamybos pakankamumo priemonėmis pirmenybė būtų teikiama mažo anglies dioksido kiekio technologijas naudojančioms gamintojams. Nagrinėjama priemonė buvo remiama tik mazutą ir dujas naudojanči elektrinė, o Lietuva nepateikė jokių įrodymų, kad pirmenybė buvo teikiama mažo anglies dioksido kiekio technologijas naudojančioms gamintojams.
119. Remdamasi šia analize, Komisija turi abejonių, kad priemonė buvo pakankamai gerai parengta, kad būtų išvengta nederamo neigiamo poveikio konkurencijai ir prekybai.

3.3.8. Skaidrumas

120. AEPG 3.2.7 skirsnyje reikalaujama, kad nuo 2016 m. liepos 1 d. įvairi informacija, susijusi su valstybės pagalbos aplinkos apsaugai ir energetikai teikimu, būtų skelbiama išsamioje valstybės pagalbos svetainėje.
121. Nors sprendžiant pagal Lietuvos teisės aktų registrus ir NRI sprendimus ši informacija yra viešai prieinama, Komisijai nėra žinoma Lietuvos išsami valstybės pagalbos svetainė, kurioje galima susipažinti su šia informacija. Todėl Komisija turi abejonių, kad nuo 2016 m. liepos 1 d. šios nuostatos laikytasi.

4. IŠVADA

122. Šiuo etapu Komisija abejoja, kad Lietuvos nustatytos VIAP energijos tiekimo saugumui užtikrinti gali būti laikomos VESP, suderinamomis su SESV 106 straipsnio 2 dalimi arba suderinamomis su vidaus rinka pagal SESV 107 straipsnio 3 dalies c punktą. Konkrečiau tariant, ji turi abejonių, kad priemonė:
- 2015–2018 m. laikotarpiu buvo būtina, atsižvelgiant į tai, kad nėra jokios analizės, kuri pagrįstų poreikį pasiekti nuliui valandų LOLE lygų patikimumo standartą, ir į tai, kad nėra išsamaus pakankamumo vertinimo, kuriame būtų nustatytas problemos mastas;
 - 2013–2018 m. laikotarpiu buvo tinkama, atsižvelgiant į griežtus tinkamumo reikalavimus ir į tai, kaip dėl jos koncepcijos galėjo būti iškraipyta rinkos kainodara ir pakenkta potencialioms rinkos investicijoms, galėjusioms prisidėti prie energijos tiekimo saugumo;
 - 2013–2018 m. laikotarpiu buvo proporcinga, atsižvelgiant į griežtus tinkamumo reikalavimus, į tai, kad pagalbos dydis buvo nustatytas nekonkurencine tvarka, ir į tai, kad trūksta skaičiavimų pagalbos dydžio proporcingumui pagrįsti;
 - 2013–2018 m. laikotarpiu pakankamai išvengta neigiamo poveikio konkurencijai ir prekybai, atsižvelgiant į griežtus tinkamumo reikalavimus, kurie naudingi tik vienai elektrinei, priklausančiai rinkos senbuvei elektros energijos gamybos bendrovei, ir į tai, kaip dėl priemonės koncepcijos galėjo būti iškraipyta rinkos kainodara ir pakenkta rinkos investicijoms.

123. Be to, informacija apie pagalbą, suteiktą po 2016 m. liepos 1 d., turėtų būti paskelbta internete.
124. Atsižvelgdama į tai, kas išdėstyta, Sutarties dėl Europos Sąjungos veikimo 108 straipsnio 2 dalyje nustatyta tvarka Komisija prašo, kad per mėnesį nuo šio rašto gavimo dienos Lietuva pateiktų savo pastabas ir visą informaciją, kuri gali padėti įvertinti pagalbą. Ji prašo Jūsų šalies valdžios institucijų šio rašto kopiją nedelsiant persiųsti potencialiai pagalbos gavėjai.
125. Komisija norėtų priminti Lietuvai, kad Sutarties dėl Europos Sąjungos veikimo 108 straipsnio 3 dalis turi stabdomąjį poveikį, ir atkreipia dėmesį į Tarybos reglamento (ES) 2015/1589 16 straipsnį, kuriame nustatyta, kad visa neteisėta pagalba gali būti išieškota iš gavėjo.
126. Komisija išpėja Lietuvą, kad informuos suinteresuotąsias šalis šį raštą ir informatyvią jo santrauką paskelbdama *Europos Sąjungos oficialiajame leidinyje*. Ji taip pat informuos suinteresuotąsias šalis ELPA valstybėse, kurios yra pasirašiusios EEE susitarimą, paskelbdama pranešimą *Europos Sąjungos oficialiojo leidinio* EEE priede, taip pat informuos ELPA priežiūros instituciją nusiųsdama jai šio rašto kopiją. Visos šios suinteresuotosios šalys bus paragintos pateikti savo pastabas per mėnesį nuo paskelbimo dienos.

Jei rašte yra neskelbtinos konfidencialios informacijos, praneškite apie tai Komisijai per penkiolika darbo dienų nuo jo gavimo dienos. Jeigu per nurodytą laiką Komisija negaus pagrįsto prašymo, bus manoma, jog sutinkate, kad būtų skelbiamas visas šio rašto tekstas.

Prašymą siųskite elektroniniu būdu adresu:

European Commission
Directorate-General Competition
State Aid Greffe
B-1049 Brussels
Stateaidgreffe@ec.europa.eu

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)
ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
L-2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE